



SCHWEIZER REVUE

Die Zeitschrift für Auslandschweizer
April 2022



**Beziehung Schweiz-China:
Es ist recht kompliziert...**

**Der mächtigste Wohnblock der Schweiz:
Unendlich lang – und erstaunlich wohnlich**

**Zwischen Kunst und Kanonen:
Zürichs explosive Kulturdebatte**

98. Auslandschweizer-Kongress vom 19.-21. August 2022 in Lugano: Reservieren Sie sich diese Daten!

Im sonnigen Tessin werden Bundespräsident Ignazio Cassis und weitere hochkarätige Referentinnen und Referenten über die Herausforderungen für unsere Demokratie sprechen.

Engagieren Sie sich schon vor Ihrer Anmeldung in der SwissCommunity und diskutieren Sie das Kongressthema:
<https://members.swisscommunity.org>.



Olympische Spielerei

- 4 Briefkasten
- 6 **Schwerpunkt**
China und die Schweiz
nützen sich – und reizen sich
- 10 **Gesehen**
Meret Oppenheim
- 12 **Schweiz extrem**
Zuhause im längsten
Wohngebäude der Schweiz
- 15 **Literatur**
Wie Edmond Fleg die Schönheit
des Judentums in Worte fasste
- 16 **Corona**
Der Winter der hohen Fallzahlen
- Nachrichten aus Ihrer Region**
- 17 **Politik**
An Schweizer Urnen wird über
Europas Grenzschutz abgestimmt
- 20 **Gesellschaft**
Herzen, Lungen, Nieren: Werden im
Prinzip alle zu Organspendern?
- 22 **Kultur**
Zürich streitet über geraubte Kunst
- 24 **Schweizer Zahlen**
- 25 **Swisscommunity-News**
- 27 **Aus dem Bundeshaus**
- 30 **Gelesen / Gehört**
- 31 **Herausgepickt / Nachrichten**



Die Schweizer Olympiasiegerinnen und -sieger haben wohl ihr in Peking erkämpftes Edelmetall inzwischen sicher versorgt. Sie peilen bereits wieder die Trainings für den nächsten Wettkampfwinter an. Gleichwohl erlauben wir uns noch den klitzekleinen olympischen Rückblick: Anders als sonst üblich gratulierte in Peking nämlich kein Schweizer Regierungsmitglied den goldbehangenen Olympioniken. Weder Sportmi-

nisterin Viola Amherd noch Bundespräsident Ignazio Cassis waren vor Ort. Das hat seine Geschichte. Die Landesregierung brütete bekanntlich lange über der delikaten Frage, ob sie eine politische Delegation an die Spiele entsenden soll oder nicht. Wir erinnern uns: Mehrere Staaten – etwa die USA, Grossbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland – hatten zuvor beschlossen, keine Regierungsvertreter nach Peking zu schicken.

Was also tun? Sich dem diplomatischen Boykott anschliessen, weil ja auch die offizielle Schweiz die chinesische Minderheiten- und Menschenrechtspolitik alles andere als hinnehmbar findet? Oder doch nach China reisen, um dem dritt wichtigsten Handelspartner der Schweiz Respekt zu zollen?

Schliesslich liess die Schweizer Regierung an einem frostigen, nebligen Januartag wissen, sie werde nicht ins Land der Mitte reisen. Aber nicht aus Protest. Sondern weil sie angesichts der Pandemielage zuhause gebraucht werde und weil vor Ort eh keine Treffen möglich seien. Das war eher eine kühne Verrenkung als eine wirklich gute Erklärung.

Der kleine Blick zurück illustriert, wie delikater das Verhältnis zwischen Bern und Peking zuweilen ist. Zwar gehörte die Schweiz zu den allerersten westlichen Staaten, die – bereits 1950 – auf die Volksrepublik zuzugingen. Doch die Beziehung mit China blieb kompliziert und sie könnte noch komplizierter werden: Wie wir in unserem Schwerpunkt zeigen, ist der bewusst pragmatische Umgang der Schweiz mit China unter Druck. Sie kann sich immer schlechter hinter ihrer Neutralität verbergen – weil Nachbarn und Freunde der Schweiz gegenüber China immer deutlicher Klartext reden. Die Schweiz wird dadurch gedrängt, selber klarer Position zu beziehen. In dieser Lage allein zu betonen, Pragmatismus und Neutralität seien schliesslich keine Synonyme für Gleichgültigkeit und Opportunismus, genügt auf längere Sicht wohl nicht.

Haben wir ob all der Politik vergessen, die Namen der brilliantesten Schweizer Olympioniken der vergangenen Spiele zu nennen? Sie finden diese ganz am Ende dieses Heftes – als goldenen Schlusspunkt.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Titelbild: Cartoonist Max Spring
zeichnet für die «Schweizer Revue»

Herausgeberin der «Schweizer Revue»,
dem Informationsmagazin für die Fünfte Schweiz,
ist die Auslandschweizer-Organisation.



Die verlorene Ehre der Wasserkraft



Viel zu wenig in Betracht gezogen wird der Stromverbrauch. Stromverschwendung sollte ihren Preis haben. Ineffiziente Maschinen, Apparaturen und Beleuchtungskörper sollten mit einer Strafsteuer belastet werden. Heute verschwenden wir viel Energie, weil sie einfach verfügbar und günstig ist. Wie viele elektrische Apparate haben Sie in Ihrem Haushalt?

ANDRÉ ZIMMERMANN, TOKIO, JAPAN

Hier stehen wir nun also am Fuss der Mauer (nicht der Stau-mauer, sondern des Klimawandels!). Wo wir realisieren, dass jede Lösung ihre Schattenseiten und Nachteile hat. Nur der Dialog wird uns zu einvernehmlichen, fundierten Lösungen führen.

CLAUDE ROCHAT, CHALON S/S, FRANKREICH

Der Klimawandel verursacht nicht einfach eine Änderung der Jahreszeit, in welcher der «Abfluss» geschieht. Und dass Gletscher zu Seen schmelzen. Ob das Wasservorkommen natürlich ist oder künstlich erzeugt wird, ist unwichtig, denn seine Menge ist bedeutend kleiner ... Dies hat nicht nur einen Einfluss auf die Landschaft und auf Arten, die bereits gefährdet sind oder es noch werden könnten (wie wir, zum Beispiel, wegen Mangel an Trinkwasser oder Wasser für die Landwirtschaft, die unsere Nahrung produziert), sondern auch auf den aussichtslosen Wunsch, Strom auf diese Weise zu erzeugen!

MARC PETITPIERRE, USA

Denken wir nicht nur an Staumauern in den Bergen. Überall, wo Wasser durchfließt, kann mit modernen Technologien relativ diskret Energie gewonnen werden. Frankreich hat eben beschlossen, die kleinen Produzenten – Mühlen, Sägewerke und so weiter – wieder miteinzuschliessen. Einst produzierte der sogenannte «Millionenbach» (Anmerkung der Redaktion: der Aabach im Luzerner Seetal) Energie für eine ganze Industriegegend, bevor er in den Greifensee mündete.

JEAN THOMAS WEBER, ST.-GENGOUX-LE-NATIONAL, FRANCE

Meiner Meinung nach kann dem Klimawandel nicht begegnet werden, ohne dass persönliche Einsparungsentscheidungen getroffen und für Transporte neue Wege gefunden werden. Der Wasserstoffmotor kann alle Fahrzeuge antreiben. Aber weiterhin steht bei Fahrzeugen der Strom im Vordergrund mit dem Risiko, dass es an Ersatzbatterien mangeln wird. Ich habe 35 Jahre im Wallis gelebt und denke, dass Staumauern unabdingbar sind, aber dass sie besser in den Naturschutz eingebunden werden müssen, mit ausreichender Wassermenge in den Flüssen.

LAMPO MARC, LAMPERTHEIM, FRANKREICH

Es gibt keinen anderen Weg, um das Problem zu umgehen, als erneut in die Kernenergie zu investieren, wobei der Schwerpunkt eindeutig auf der erneuten Erforschung und Wiederverwendung des hochaktiven Abfalls liegt. Niemand möchte, dass Windenergie in grossem Umfang gebaut wird, da sie als Immobilienentwertung sowie als Vogel- und Landschaftszerstörer angesehen wird.

RICH WALTERS, TODTMOOS, DEUTSCHLAND

Wir müssten mehr über das technisch Naheliegende reden – womit wir wieder beim Wasser angelangt sind, genauer gesagt beim Wasserstoff: Der Wasserstoff-Verbrennungsmotor ist erwiesenermassen für Grossanlagen mit festem Standort geeignet, aber auch für grosse Lastwagen, Lokomotiven und Schiffe. Der Haken an der Sache? Das dazu benötigte Leitungswasser ist einfach zu billig, was der weltweit aufgeblasenen Energiewirtschaft nicht entgegenkommt. Also sucht man krampfhaft nach teuren, preisgebundenen Alternativenergien.

ARYE-ISAAC OPHIR, ISRAEL

Wie Julius Maggi die Küchen eroberte



Welch fantastischer Artikel! Seit 1970 koche ich für unsere Familie und ohne Maggi-Würze komme ich auf keinen Fall aus. Vor Jahren gab es hier in Brisbane eine Zeit, in der Maggi nicht erhältlich war. Von einem Schweizer Kollegen, ein Koch, wurde mir dann empfohlen, Soja-sauce zu nehmen. Aber das ist einfach nicht dasselbe. Ich war richtig froh, als die berühmte Flasche wieder auf den Regalen unserer Supermärkte auftauchte.

BILL BOHLEN, AUSTRALIEN

Hervorragender Artikel, kurz und doch sehr informativ. Wie andere, die Sie regelmässig veröffentlichen, verleiht er den Diskussionsthemen Würze und eine angenehme Abwechslung von Themen, die die Erwähnung unserer Staatsbürgerschaft so oft im Ausland hervorruft: Banken, Reiche, (teure) Uhren usw. ... Danke!

ARNAUD CARASSO, MOSKAU, RUSSLAND

Wirklich eine Erfolgsgeschichte im kommerziellen Sinn. Schade, dass der Artikel nicht darauf hinweist, dass die schmackhafte Maggie-Würze heutzutage nicht unbedingt gesunde Zutaten enthält. Heute mehr denn je ist es wichtig, dass die Konsumenten darauf aufmerksam gemacht werden, was sie konsumieren. Der anfängliche Skeptizismus der Leute

zeigt meiner Meinung darauf hin, dass die Leute dazumal sahen, dass gesundes Essen nicht aus einer Flasche kommt, welche in einer Fabrik hergestellt wurde.

HEDWIG KRASEVAC, WESTERN AUSTRALIA

Ich habe als kleines Kind meine Mutter oft verärgert, weil ich einfach an alles auch noch hektoliterweise Maggi drauftat! Auch heute steht Maggi immer noch bei meinen Gewürzen und kommt regelmässig zum Einsatz – bin ich jetzt deswegen ein schlechter Koch?

BENNY MEIER, WALDGIRMES, DEUTSCHLAND

Das erinnert mich an das dicke, blaue Kochbuch, welches meine Grossmutter immer brauchte. Und ich wusste nicht, dass in der Würze gar kein «Maggikraut» (Liebstöckel) enthalten ist...

RUTH PFISTER, TRURO, KANADA

Ich glaube, ich habe noch keinen Salat, keine Suppe und keinen Eintopf ohne Maggi zubereitet. Auf meinen Reisen hatte ich Maggi stets dabei, ob im feucht-tropischen Regenwald von Papua-Neuguinea oder im australischen Busch. In vielen asiatischen Lebensmittelläden wird Maggi immer noch in grossen Flaschen verkauft.

BEAT ODERMATT, ADELAIDE, AUSTRALIEN

Ein wirklich interessanter Artikel und eine «schöne Geschichte der Industrie». Oft ist es doch bemerkenswert festzustellen, dass Konzepte wie Marketing, Influencer und viele weitere im Artikel erwähnte bereits seit Langem existieren. Geändert hat sich, dass das Marketing im Laufe der Zeit konzeptualisiert wurde und nun beinahe zu einer Wissenschaft geworden ist. Vielen Dank für die Mühe.

FRANÇOIS MONTANDON, ORVAULT, FRANCE

Es ist notwendig, Julius Maggi für seinen Beitrag zur weltweiten Esskultur zu danken. Beeindruckende Erzählung.

ÖNDER ERDOGAN, ÇORUM, TÜRKEI

Maggi ist auch bei meinen Kindern und Grosskindern beliebt. Habe eine grosse Flasche im Schrank, damit ich stets ein kleines Fläschli nachfüllen kann.

HULDA SHURTLIFF-NYDEGGER, HOWELL MI, USA

«SCHWEIZER REVUE» – MIT DREI KLICKS ZUR APP!



Holen Sie sich die «Schweizer Revue» gratis als App! Es ist ganz einfach:

1. Öffnen Sie auf Ihrem Handy oder Tablet den Appstore
2. Geben Sie den Suchbegriff «Swiss Review» ein
3. Klicken Sie auf Laden und Installieren – fertig!

SWISS
REVIEW

Konsularische Dienstleistungen
überall, komfortabel auf Ihren mobilen Geräten

EDA
Guichet en ligne DFAE
Online-Schalter EDA
Sportello online DFAE
Online desk FDFA

www.eda.admin.ch Wien (2022)

Studieren in der Schweiz? Auch ohne CH-Matur möglich!

EXAMPREP

Vorbereitungskurse für die direkten Aufnahmenprüfungen
ETH // ECUS // Uni Zürich // Passerelle // Gymi

www.examprep.ch // info@examprep.ch // +41 44 720 06 67

IMPRESSUM:
«Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, erscheint im 47. Jahrgang in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache in 14 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 431 000 Exemplaren (davon 253 000 elektronische Exemplare).

Regionalnachrichten erscheinen viermal im Jahr. Die Auftraggeber von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.
REDAKTION: Marc Lettau, Chefredaktor (MUL); Stéphane Herzog (SH); Theodora Peter (TP); Susanne Wenger (SWE);

Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, Rubrik «Aus dem Bundeshaus».
REDAKTIONSASSISTENZ: Sandra Krebs
ÜBERSETZUNG: SwissGlobal Language Services AG; GESTALTUNG: Joseph Haas
POSTADRESSE: Herausgeber/Sitz der Redaktion/Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation,

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
Tel. +41 31 356 61 10; Bankverbindung: CH97 0079 0016 1294 4609 8 / KBBECH22
E-MAIL: revue@swisscommunity.org
DRUCK & Produktion: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen.
Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizerinnen und -schweizer erhalten das Magazin gratis.

Nichtauslandschweizer können das Magazin für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.–). Abonnenten wird das Magazin manuell aus Bern zugestellt.
www.revue.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
9. Februar 2022

ÄNDERUNGEN in der Zustellung teilen Sie bitte direkt Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit. Die Redaktion hat keinen Zugriff auf Ihre Daten.

RECYCLED
Papier aus
Recyclingmaterial
FSC® C012018

Schweiz–China: Wenn zwei, die voneinander profitieren, sich gegenseitig irritieren

Bereits seit 1950 pflegen die Schweiz und China bilaterale Beziehungen. Doch das Verhältnis zwischen dem demokratischen Kleinstaat und der kommunistischen Grossmacht ist bisweilen kompliziert. Und es wird wohl noch komplizierter. Denn: Im Sog der globalen Verhärtung steigt der Druck auf die Schweiz, klarer Position zu beziehen.

EVELINE RUTZ

China reagierte postwendend. Die Schweiz solle sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischen, sagte Chinas Botschafter in Bern, Wang Shiting, im März 2021. Er sprach von «unbegründeten Anschuldigungen» und «Fake News». Wenige Tage davor hatte Aussenminister Ignazio Cassis die künftige China-Strategie des Bundesrats vorgestellt. Dabei hatte er auch die Menschenrechtslage und den Umgang des chinesischen Regimes mit Minderheiten thematisiert. Er hatte ungewohnt deutliche Worte gewählt und etwa «zunehmend autoritäre Tendenzen» festgestellt. Wang Shiting kritisierte daraufhin öffentlich, dass einige Schweizer ideologische Konfrontation betreiben würden: «Das ist der Entwicklung der Beziehungen nicht dienlich.»

Frühe Annäherung

Die Kontakte zwischen der Schweiz und China haben Tradition, sie sind vielschichtig und kompliziert. Als einer der ersten westlichen Staaten hat die Schweiz die maoistische Volksrepublik 1950 anerkannt. Seit den 1980er-Jahren pflegt sie auf breiter Ebene einen bilateralen Austausch mit Peking. Seit gut 30 Jahren unterstützt sie zudem Projekte, die dem Wissens- und Technologietransfer dienen. Dazu zählen heute etwa Entwick-

lungshilfeprojekte, die China helfen sollen, dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen. Schliesslich besteht seit 1991 ein sogenannter Menschenrechtsdialog. Dieser sieht vor, dass die Aussenminister beider Länder jährlich über die Menschenrechtslage in China sprechen. Weil die offizielle Schweiz die internationale Kritik an der prekären Lage der Uiguren in Xinjiang teilt, ist dieser Dialog seit 2019 allerdings auf Eis gelegt.

Eines der wichtigsten Exportländer

Besonderes Gewicht haben seit jeher die wirtschaftlichen Beziehungen. Ein Illustrationsbeispiel der frühen wirtschaftlichen Annäherung liefert der Luzerner Lift- und Rolltreppenhersteller Schindler: Schindler ging 1980 als erstes westliches Industrieunternehmen ein Joint Venture mit den Chinesen ein. Inzwischen ist Schindler an sechs Standorten präsent, profitiert vom Bauboom in Chinas Metropolen und ist an zahlreichen Prestigebauten beteiligt. Gegenwärtig ist China für die Schweiz das dritt wichtigste Exportland, hinter dem Nachbarland Deutschland und den USA. Die Schweiz ist das erste Land Kontinentaleuropas, das mit der asiatischen Grossmacht einen Freihandelsvertrag unterzeichnete. Das 2014 in Kraft getretene Abkommen verschafft ihr Wettbewerbsvorteile. Unternehmen

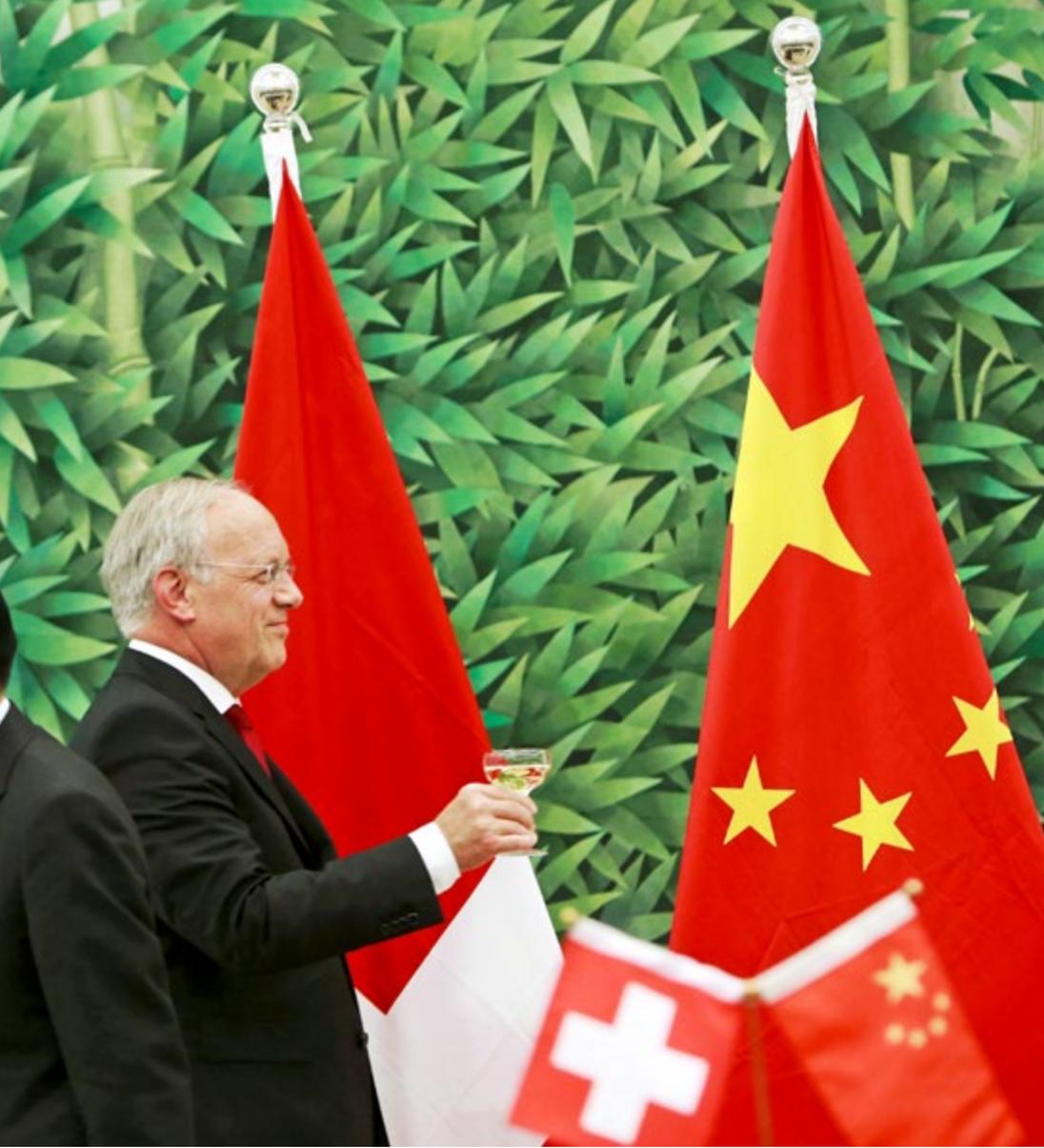


profitieren von einem erleichterten Marktzugang; sie exportieren zollfrei oder zu reduzierten Tarifen.

Wie die Schweiz China nützt

Auf das Pionierhafte ihrer bilateralen Kontakte sind beide Seiten stolz. Die offizielle Schweiz sieht ihre Rolle darin, Brücken zu bauen. Sie setzt auf einen «konstruktiv-kritischen Dialog» und ist zurückhaltend, was öffentliche Kritik oder Sanktionen betrifft. Sie will Verbesserungen anstossen, indem sie mit China zusammenarbeitet. Für die chinesische Regierung sind die vielfältigen Kooperationen politisch interessant: Sie sieht im neutralen Kleinstaat Schweiz ein Bindeglied – und ein Tor – zu Europa.

Die beiden Länder tauschen sich regelmässig auf höchster politischer Ebene aus. Dabei ist es jedoch schon



einige Male zu Verstimmungen gekommen. Viele Schweizerinnen und Schweizer erinnern sich an den Besuch von Jiang Zemin im Jahr 1999. Dass damals in der Berner Innenstadt Tibeter demonstrierten – und damit von einem in der Schweiz häufig wahrgenommenen demokratischen Recht Gebrauch machten – erzürnte den chinesischen Staatschef. Er liess die Schweizer Regierung warten und kürzte den offiziellen Empfang dann sichtlich verärgert ab. Als die damalige Bundespräsidentin, Ruth Dreifuss, später die Menschenrechte thematisierte, spitzte sich die Situation weiter zu. Zemin sagte schliesslich: «Sie haben einen Freund verloren.»

Das Regime kontrolliert sein Bild

Irritationen sind allerdings nicht nur auf dem politischen Parkett zu beob-

achten. Firmen- und Immobilienkäufe, aber auch chinesische Investitionen in den Schweizer Fussball lösen hierzulande Unbehagen aus. Wie kaum eine andere Staatsmacht versucht die Kommunistische Partei Chinas (KPC) zu kontrollieren, wie sie im Ausland wahrgenommen wird. Auch in der Schweiz verfolgt sie systematisch und mit grossem Aufwand, wie innerhalb der Diaspora, an Bildungsinstituten, in Wirtschaftskreisen, aber auch in der Kulturszene über die Volksrepublik diskutiert wird. KPC-Vertreter nehmen auch an öffentlichen Veranstaltungen teil. An der Universität Zürich sorgten sie an einem Anlass für Aufsehen, als sie die Kamera zückten, als aus ihrer Sicht unangebrachte Fragen gestellt wurden. Die chinesische Botschaft in Bern intervenierte unter anderem, als Studierende der Zürcher Hochschule

Unfreiwillige Symbolik: Chinas Ministerpräsident Li Keqiang «trifft» Bundesrat und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann in Peking (2013).

Foto Keystone

der Künste einen Film über die Proteste in Hongkong realisierten. 2021 löste zudem der Fall eines Doktoranden der Universität St. Gallen (HSG) Schlagzeilen aus. Er hatte die chinesische Regierung auf Twitter kritisiert, worauf sich seine Professorin von ihm distanzierte. Er bemühte sich vergeblich darum, dass ihn die HSG nach einem Abstecher an eine chinesische Universität erneut immatrikulierte. Der Konflikt endete schliesslich damit, dass sich der Mann – nach drei Jahren Forschungsarbeit – beruflich umorientierte. Die HSG, die über Austauschprogramme, Ausbildungs- und Forschungsprojekte Kontakt zu Hochschulen in China pflegt, kündigte inzwischen an, sich mit Gefahren wie unkontrolliertem Wissenstransfer oder Selbstzensur auseinanderzusetzen.

Selbstzensur im Forschungsbereich

Ralph Weber, Professor am Europa-Institut der Universität Basel, stellt die Vorkommnisse in einen grösseren Zusammenhang. Er spricht von einem strukturellen Problem, von dem viele Hochschulen in Europa betroffen seien. «Das Thema Selbstzensur stellt sich allen Forschenden, die auf dem Gebiet autoritärer Regimes tätig sind.» Das Auftreten Chinas fordere Bildungsinstitutionen, aber auch Firmen und die Politik zunehmend heraus. Der Politikologe hat untersucht, wie die chinesische Regierung in der Schweiz Einfluss nimmt. «Diese Bemühungen des chinesischen Parteistaats haben System», sagt Weber. Er verfüge über ein schwer durchschaubares Netzwerk von Vereinigungen und Organisationen, die sich mit hiesigen Akteuren verbandelten. «So versucht er, seine



Da war noch alles in Ordnung: Chinas Staatschef Jiang Zemin vor Bundespräsidentin Ruth Dreifuss am 25. März 1999 bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Genf.



Wenig später die Eskalation: Jiang Zemin konfrontiert Bundespräsidentin Ruth Dreifuss mit der Aussage, sie habe «ihr Volk nicht im Griff»; Dreifuss kontert dezidiert und will über Chinas Menschenrechtslage sprechen.

Fotos Keystone, 1999

Botschaften in unsere Köpfe zu bringen.» Wer in China Geschäfte tätigt, hat mit der Kommunistischen Partei zu tun. Wie weit man ihr entgegenkommen soll, sorgte letztes Jahr für Diskussionen, als die Grossbank Credit Suisse ein Konto des regimekritischen Künstlers Ai Weiwei auflöste. Die Bank begründete den Schritt mit fehlenden Papieren. Kritiker führen hingegen ins Feld: Die Credit Suisse, die ihre Position im asiatischen Markt stärken möchte, wolle die chinesischen Behörden nicht verärgern.

Nicht erfüllte Hoffnungen

Der bilaterale Austausch mit dem Reich der Mitte ist seit jeher eine Gratwanderung. Linke Parteien und

zivilgesellschaftliche Organisationen lehnen es ab, mit einem Regime zu kooperieren, das «Minderheiten unterdrückt», wie es der Bund offiziell formuliert. Sie prangern das Vorgehen des Einparteiensystems gegen Andersdenkende, Tibeter, Uiguren und die Bewohner Hongkongs seit Jahren an. Die Kritik und der Ruf nach einer härteren Gangart sind zuletzt lauter geworden. In den eidgenössischen Räten haben entsprechende Vorstösse zugenommen.

Im Herbst debattierte das Parlament darüber, ob der Freihandelsvertrag um ein Kapitel über Menschen- und Sozialrechte ergänzt werden soll. «Hoffnungen, dass sich im Zuge der wirtschaftlichen Öffnung auch Fortschritte im Bereich der Demokratie

und der Menschenrechte einstellen werden, haben sich leider nicht erfüllt», sagte der grünliberale Nationalrat Roland Fischer (LU). Der langjährige Menschenrechtsdialog habe wenig Wirkung gezeigt. Bundesrat Guy Parmelin erwiderte, dass es kontraproduktiv wäre, verbindliche Klauseln einzufordern. «Wir würden uns in eine Blockadesituation begeben», warnte er. «Und zudem die Türen für den Dialog mit China über all diese wichtigen Themen schliessen.»

Pragmatisch – oder opportunistisch?

Die Schweiz wolle Brücken bauen, Chancen nutzen und Probleme offen ansprechen, heisst es in der neuen Strategie des Bundesrats. Er will den vielfältigen Beziehungen damit einen nachvollziehbaren Rahmen geben. Er setzt weiter auf eine eigenständige China-Politik und betont seine neutrale Haltung. Gleichzeitig will er sich dafür einsetzen, China in die «liberale internationale Ordnung und in die Bewältigung globaler Herausforderungen» einzubinden. Nur: «Die Strategie ist in diesem Punkt zweideutig», sagt Ralph Weber. Es sei nicht klar, wie man das konkret umsetzen wolle. Diesen Konflikt trage die Schweiz allerdings seit Jahrzehnten mit sich herum: «Seit sie sich – aus durchaus nachvollziehbaren Gründen – dazu entschieden hat, mit einem autoritären Regime zu handeln und trotzdem ihren Werten treu bleiben zu wollen». Die Schweiz verfolge einen pragmatischen Weg, sagt der Politologe. Dieser könne jedoch auch als Opportunismus verstanden werden.

Der Schweizer Weg gerät unter Druck

Tatsächlich wird es für die Schweiz zunehmend schwierig, ihre neutrale Haltung zu rechtfertigen. Chinas Ringen um globalen Einfluss löst welt-

weit Abwehrreaktionen aus. Die USA verschärften ihre Rhetorik unter Donald Trump deutlich und zettelten einen Handelskrieg an. Joe Biden tritt moderater auf, verfolgt aber einen ebenso klaren Kurs. Im November 2021 hat er Chinas Staatschef Xi Jinping vor einer Konfrontation gewarnt. Der wirtschaftliche Wettbewerb dürfe nicht in einen Konflikt ausarten, sagte der US-Präsident an einem virtuellen Treffen. Alle Länder müssten sich an die gleichen Spielregeln halten.

Die EU verhängte letztes Jahr Sanktionen gegen chinesische Verantwortliche. Sie protestierte damit gegen die «willkürlichen Inhaftierungen» von Uiguren in Xinjiang. Peking reagierte umgehend mit Massnahmen gegen europäische Parlamentarier und Wissenschaftler. Gegensanktionen ergriff das Regime auch, als Kritik an seinem Pandemie-Management laut wurde. Es schränkte beispielsweise den Handel mit Australien ein, nachdem dieses Forderungen unterstützt hatte, die Ursprünge der Corona-Pandemie zu untersuchen. «Global polarisiert China spätestens seit der Pandemie», stellt der Schweizer Nachrichtendienst in seinem Lagebericht 2020 fest; das internationale Image Chinas habe gelitten. In seiner Analyse geht der Nachrichtendienst auch auf die Gefahr von Cyberangriffen und chinesischer Spionagetätigkeit ein. Letztere stellten «eine bedeutende Bedrohung für die Schweiz» dar, warnt er. Dies zeigt, warum der neutrale Ansatz gegenüber China immer mehr an Grenzen stösst.

Diskussion über einen diplomatischen Boykott

Die Schweizer Haltung gab vor den Olympischen Winterspielen erneut zu reden, als die USA, Kanada, Grossbritannien und Australien einen diplomatischen Boykott beschlossen und

Einen Schweizer Beitrag zu Chinas Annäherung an den Westen leistete der Journalist und Fotograf Walter Bosshard. Seine zwischen 1930 und 1939 geschaffene Bilderwelt zählt heute zum visuellen Gedächtnis Chinas. 1938 traf Bosshard Mao Zedong.

Foto Keystone



einige europäische Staaten nachzogen. Man könne nicht sportliche Wettkämpfe beklatschen, ohne sich über die Situation der Menschen in China Gedanken zu machen, kritisierte der Zürcher Nationalrat Fabian Molina (SP). «Es ist nicht der richtige Zeitpunkt, um ein Land zu feiern, in dem laufend Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt werden.» Stattdessen müsse der Bund ein starkes Zeichen setzen und auf eine offizielle Delegation verzichten. Christoph Wiedmer, Geschäftsführer der Gesellschaft für bedrohte Völker, sprach sich ebenfalls für einen Boykott aus. Um Verbesserung zu erreichen, brauche es ein entschiedenes Auftreten, sagte er. «Die Menschenrechtsverletzungen im Tibet und Ostturkestan haben ein scho-

ckierendes Ausmass angenommen. Schon die Sommerolympiade von 2008 zeigte: Ohne deutlichen internationalen Druck wird die Volksrepublik China nicht aufhören, Minderheiten zu unterdrücken.»

Der Bundesrat reagierte auf die Forderungen zögerlich. Schliesslich teilte er mit, dass es «angemessen» wäre, wenn ein Regierungsvertreter die Eröffnungsfeier in Peking besuchen würde. Er liess sich jedoch einen gewissen Spielraum offen, indem er auf die Pandemie verwies. Sein Sprecher sagte: «Sollte die Corona-Situation in der Schweiz es nötig machen, dass alle Bundesräte in der Schweiz sind, so fällt die Reise aus.» Ende Januar entschied er dann, dem Spektakel ganz fernzubleiben.

Der Luzerner Liftbaukonzern Schindler ging 1980 als erstes westliches Industrieunternehmen ein Joint Venture mit den Chinesen ein – und profitiert heute vom Bauboom in Chinas Metropolen.

Foto iStock



Ein Schluck aus der Pelztasse

200 Meter vom Kunstmuseum in der Stadt Bern entfernt, auf dem Waisenhausplatz, steht seit 1983 der Oppenheim-Brunnen, den die Künstlerin Meret Oppenheim (1913–1985) zwei Jahre vor ihrem Tod schuf. Wasser tropft aus dem Turm und lässt Pflanzen spriessen oder Eisformationen, aber zu Beginn prasselte Kritik auf die Künstlerin wie eiskalter Winterregen: «Ein Pfahl der Schande» sei das, ein «Pissoir» sogar.

Bern lebte eine leidenschaftliche öffentliche Kontroverse aus. Wenn es noch einen Beweis gebraucht hätte, dass die weltweit arrivierte Meret Oppenheim Erwartungen an sie unbeeindruckt unterließ, dann war es der Berner Brunnen. Fast

40 Jahre später widmet das Kunstmuseum Bern der unfassbaren Künstlerin, die lange in der Bundesstadt lebte, mit «Mon exposition» eine Retrospektive, die ihr grenzenloses Werk für das Publikum in seiner ganzen Breite auffächert. Oppenheim liess in ihrem künstlerischen Schaffen kaum ein Material aus. Klar, frühen Ruhm erwarb sie 1936 mit einer mit Pelz gefütterten Tasse – die sie selber vor allem komisch fand, die Kunstkritik aber zu ausschweifenden Interpretationen anregte.

Meret Oppenheim war als Surrealistin etikettiert. Aber als Besucherin oder Besucher von «Mon exposition» wird man durch das faszi-



«Mein Kindermädchen»,
1936/1967 Metallplatte, Schuhe, Schnur und Papier; 14 x 33 x 21 cm
Moderna Museet, Stockholm
Foto Albin Dahlström; 2021, © ProLitteris, Zürich



Wird in «Mon exposition» eben gerade nicht gezeigt:
Meret Oppenheim, «Déjeuner en fourrure»,
Paris, 1936. MoMA,
Artists Rights Society, New York/© 2021 Pro Litteris Zürich

nierende, eigenständige Schaffen einer Künstlerin geführt, die sich um keinen Preis einer Etikettierung ergeben wollte. Die sich durch jahrelange Schaffenskrisen kämpfte, ohne den selbstironischen Blick auf das Leben zu verlieren. «Ma gouvernante» heisst ein Objekt von ihr, das zwei Frauenschuhe zeigt auf einem Silbertablett, mit den Absätzen so drapiert wie ein Poulet.

«Die Freiheit wird einem nicht gegeben, man muss sie nehmen», sagte Meret Oppenheim. Sie liess sich nie daran hindern. Das war ihre Kunst. Dass die berühmte Pelztasse in «Mon exposition» gerade nicht gezeigt wird – das hätte ihr wohl gefallen.

JÜRIG STEINER

Führung von Moderator Ueli Schmetzer durch die Berner Ausstellung (in Schweizer Mundart):
revue.link/oppenheim

«Mon exposition» wird nach dem Ende der Ausstellung in Bern gezeigt in «The Menil Connection», Houston, USA (25. März bis 18. September 2022) und im Museum of Modern Art, New York (30. Oktober 2022 bis 4. März 2023)



«Frühlingstag», 1961
Öl auf plastischer Masse und Holz mit Drahtkorb, 50 x 34 cm
Privatsammlung
© 2021, ProLitteris, Zürich



«Sechs Wolken auf einer Brücke», 1975
Bronze; 46,8 x 61 x 15,5 cm
Kunstmuseum Bern, Legat Meret Oppenheim
Foto Peter Lauri, Bern; © 2021, ProLitteris, Zürich



«Eichhörchen», 1960/1969
Bierglas, Schaumstoff und Pelz, 21,5 x 13 x 7,5 cm
Kunstmuseum Bern
Foto Peter Lauri, Bern; © 2021, ProLitteris, Zürich



Die grösste Immobilie ist mit 60 immer noch rüstig

Das zentrale Gebäude der Satellitenstadt Le Lignon ist über einen Kilometer lang. Insgesamt ist Le Lignon die grösste Wohnüberbauung der Schweiz. Die Lebensqualität im Quartier, das 6500 Bewohnerinnen und Bewohner beherbergt, ist gut. Und doch: Es gibt Spannungen zwischen Alteingesessenen, Neuankömmlingen und jungen Erwachsenen.

STEPHANE HERZOG

Es war das Jahr 1974. Michèle Finger erinnert sich an ihre Ankunft in Le Lignon. Sie sass mit ihrem zukünftigen Ehemann im Auto. Neben ihr erstreckte sich die Siedlung mit ihren 2780 Wohnungen und 84 Alleen über mehr als einen Kilometer: «Sie war unvorstellbar, gewaltig. Zuvor hätte ich mir ein Gebäude dieser Grösse nicht vorstellen können.»

Sein Inneres beruhigte sie. «Mein Freund wohnte in einer Vierzimmerwohnung. Sie war schön gestaltet und sehr hell. Die Aussicht war grandios,

kein Gebäude gegenüber versperrte sie. Es war seltsam, man fühlte sich nicht eingeeengt wie in einer Stadt», erzählt die ehemalige Buchhalterin aus Pruntrut. Seither ist viel Zeit vergangen, die Kinder sind aus dem Haus, und nun bereiten sich Michèle und ihr Mann auf den Umzug in ein Haus mit sozialmedizinischer Betreuung vor. Sie bleiben in der Nähe von Le Lignon.

Der Genfer Bauträger und Architekt Georges Addor (1920–1982) leitete das Projekt, das ursprünglich für bis zu 10 000 Bewohnerinnen und Bewohner vorgesehen war. Er hätte sich



Höher, weiter, schneller, schöner? Auf der Suche nach den etwas anderen Schweizer Rekorden. Heute: Die grösste und vor allem längste Wohnüberbauung der Schweiz.

über die Worte von Michèle gefreut. «Das Wohl der Menschen beschäftigt einen Architekten am intensivsten, wenn er eine Siedlung dieser Grösse entwirft», sagte er 1966 vor den Kameras des Westschweizer Fernsehens. «Hat jemand erst einmal akzeptiert, dass er vier Nachbarn um sich haben wird, machen 15 Stockwerke über und unter ihm auch keinen Unterschied mehr», erklärt der Sohn einer grossbürgerlichen Maklerfamilie des Kantons. «Er war bekennder Linker und fuhr Maserati», fasst Jean-Paul Jaccaud Addors Wesensart zusammen. Jac-



Die Graffitis machen klar: Le Lignon ist auch der Lebensraum von Jugendlichen.

Foto Stéphane Herzog

Wie eine Schlange liegt die in die Länge gezogene Wohnbausiedlung in der Landschaft. Foto Ben Zurbriggen

zwischen 1963 und 1967 wurden 1846 Wohnungen gebaut. «Die Geschwindigkeit ist heute nicht mehr denkbar, wie übrigens auch die Konzipierung eines Projekts dieser Art», sagt Jean-Paul Jaccaud.

Das Gebäude ist modernistisch und funktional. Der Kanton Genf und die Gemeinde Vernier streben soziale Durchmischung an. Die grosse Häuserschlange von Le Lignon, deren Alleen mit sanftem Gefälle Richtung Rhone absteigen, bietet allen identisch gestaltete Wohnungen, unabhängig davon, ob es sich um Sozialwohnungen oder um Stockwerkeigentum handelt. Alle Wohnungen haben Durchgänge. Die Preise richten sich nach Grösse und Stockwerk. Jean-Paul Jaccaud führt das Beispiel einer 6-Zimmer-Wohnung für 2800 Franken im Monat an.

«... wie in einer Gasse aus dem Mittelalter»

Man betritt das Quartier durch einen Torbogen. Im Innern der Schlange ist es still, kein Strassenlärm stört. Die Parkplätze liegen verborgen unter grossen Rasenflächen. Im vom Landschaftsarchitekten Walter Brugger entworfenen öffentlichen Raum setzen Brunnen und Plätze Akzente. Das Erdgeschoss ist offen einsehbar. Eine einladende Treppe aus weissem Stein führt sanft hinab zur Rhone, «wie in einer Gasse aus dem Mittelalter», sagt Jean-Paul Jaccaud. Georges Addor hat in die Höhe und in die Länge gebaut, um auf den 280 000 Quadratmetern,

Immer dominiert die enorme Länge das Bild. Hier verliert sich der lange Bau im Frühlingsnebel.

Foto Stéphane Herzog

die dem Gesamtprojekt zur Verfügung standen, Platz zu sparen. Ziel war eine Wohnfläche so gross wie die Gesamtfläche. Das Gebäude ist nicht nur lang, sondern auch hoch – teilweise bis zu 50 Meter. Bis 1990 war der höhere der zwei Türme von Le Lignon der höchste der Schweiz. «Bauwerke dieser Art, die so gut altern, sind selten», kommentiert Jean-Paul Jaccaud.

Ruhe, Licht und ein Dienst an der Bevölkerung

Im zehnten Stock des kleineren der beiden Türme, welche die edelsten Wohnungen von Le Lignon beherbergen, treten wir in eine Wohnung ein, die kürzlich renoviert worden ist. Die Arbeiten haben die Energieeffizienz um 40 Prozent erhöht. Schon der ursprüngliche Entwurf war nicht schlecht, so der Genfer Architekt. Ein derart langes Gebäude verringert die Anzahl der Wände, die wärmege-dämmt werden müssen. An diesem Januar-morgen durchflutet die Sonne die Zimmer. Die Aussicht ist grandios, man kann einen Arm der Rhone und dahinter den Jura sehen. Ein weiterer Trick von Addor: Die beiden Türme wurden am tiefsten Punkt errichtet, «damit sie nicht dominant wirken», erklärt Jean-Paul Jaccaud.

cauds Büro war an der energetischen Sanierung von 1200 Wohnungen beteiligt, einem Bauprojekt, das Ende 2021 durch das Architekturmagazin «Hochparterre» und das Museum für Gestaltung Zürich prämiert wurde. Die Arbeiten erstreckten sich über zehn Jahre und kosteten rund 100 Millionen Franken.

Eine schnell errichtete, funktionale Konstruktion

Die gesamte Geschichte von Le Lignon ist eine der Superlative. Zuallererst die Rekordgeschwindigkeit, in der das Projekt umgesetzt wurde. Es befindet sich fünf Kilometer vom Zentrum entfernt. Dort gab es Platz, der als Bauzone ausgeschieden worden war, um den Kanton zu entwickeln, ohne ihn zu zersiedeln. In der ersten Etappe



Alle Welt sagt über Le Lignon, es sei eine ländliche Stadt. Sie ermöglicht ein unabhängiges Leben. Im Zentrum von Le Lignon liegt ein kleines, einstöckiges Einkaufszentrum. Es verfügt über alles Nötige: Tea-Room, Restaurant, Brasserie, Schuhmacher, Coiffeur, Post, Metzgerei, Klinik. Aber auch eine protestantische Pfarrei, eine katholische Kirche, einen Sportplatz, eine Ludothek, einen Raum für Jugendliche und zwei Schuleinheiten.

Jeden Samstag steht der ehemalige Pfarrer Michel Monod, der seit 1973 hier lebt, zwischen Migros und Coop, um den Passantinnen und Passanten einen schönen Tag zu wünschen. «Aus technischer Sicht ist das Ensemble perfekt», sagt er, bevor er dazu ansetzt, den Mangel an Beziehungen zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern in dieser Satellitenstadt zu beklagen, in der über 100 Nationalitäten vertreten sind. «Es herrscht ein Massenindividualismus», so sein Urteil.

Junge Erwachsene auf der Suche nach einem Ort zum Leben

Michel Monod ist Co-Koordinator des Quartiersvertrags von Le Lignon, der zum Ziel hat, den Ansässigen bei der Umsetzung von Gemeinschaftsprojekten zu helfen. Jeden Tag begibt er sich zu einem Vordach unterhalb des Konzertsaals von Le Lignon. Dort, geschützt vor den Blicken, treffen sich junge Erwachsene des Quartiers und wärmen sich manchmal am Feuer in der Feuerschale. Michèle Finger kennt den Ort. Diese Treffen der Jugendlichen, die rauchen, Bier trinken und



Rapmusik hören, lösen bei ihr Unbehagen aus. Sie erkennt sich selbst im Quartier immer weniger wieder. Zwar ist die Miete der Fingers mit 1200 Franken für eine 5-Zimmer-Wohnung inklusive Nebenkosten und Garagenparkplatz fast lächerlich. Doch die Bewohnerin, die sich in mehreren Quartiersvereinen engagiert, klagt über den Abfall, der sich vor den Sammelstellen anhäuft, die Spucke im Lift und die Tatsache, dass die Jugendlichen in den unteren Gassen rumhängen. «Ich kenne die Mieter nicht, die kürzlich in mein Gebäude eingezogen sind. Die Leute nehmen kaum noch die Quartierszeitung in die Hand», sagt sie und weist damit auf einen Mangel an Interesse vonseiten der «neuen Fremden» hin, die in Le Lignon ankommen.

Der 39-jährige Miguel Sanchez, der seit 2012 als Sozialarbeiter in Le Lignon arbeitet, kennt diese Aussagen und versteht die Sorgen. «Mit seinen niedrigen Mieten bietet Le Lignon Migrantinnen und Migranten eine Lösung. Dieser ethische und soziale Mix in einem angespannten wirtschaftlichen Kontext macht es vielleicht kom-



Michèle Fingers Wohnung in Le Lignon, die sie seit Jahrzehnten bewohnt (oben links).

Foto Jean-Jacques Finger

Michel Monod, der ehemalige Pfarrer, sucht Samstag für Samstag draussen das Gespräch und nimmt die Jugendlichen in Schutz (Mitte).

Foto Stéphane Herzog

Mächtig, aber weitgehend verkehrsfrei: In der Siedlung liegen die Parkplätze unter dem Rasen (oben rechts).

Foto Stéphane Herzog

plizierter als früher, Beziehungen aufzubauen», analysiert er. «Le Lignon ist jedoch keine Schlafstadt, wie es sie in Frankreich gibt. Das Quartier ist gut ausgerüstet und wird unterhalten. Ausserdem sind die Jugendlichen stolz darauf, hier zu leben. Es gab nie grosse Probleme mit der Sicherheit oder mit Kriminalität. Man muss eher von Unhöflichkeiten sprechen», beschreibt der Sozialarbeiter die Situation.

«Ich sagte ihnen: Das sind eure Kinder.»

Tatsächlich schreibt Michel Monod den Jugendlichen unter dem Vordach Qualitäten zu, an denen es den Bewohnerinnen und Bewohnern fehle: «Sie sind äusserst loyal in ihren Freundschaften. Einige Leute haben mir gesagt: Sperrt sie ein! Ich sagte ihnen: Das sind eure Kinder.» Auch ihm erschien Le Lignon überproportioniert, als er hier ankam. «Ich sagte mir: Es ist unmöglich, wie in einem Termittenbau zu leben, und gab mir selbst den Auftrag, die Menschen zu vereinen.» Aber auch er liebt Le Lignon.

Der messianische Traum von einer glücklichen Menschheit

Der Genfer Edmond Fleg hat im Jahrhundert seiner grössten Bedrohung die Grösse und Schönheit des Judentums gepriesen – am überzeugendsten in einem Jugendbuch.

CHARLES LINSMAYER

«Dieses Werk wird unsterblich sein», meinte Charles Péguy, als er im Oktober 1913 dem Autor Edmond Fleg die druckfrische Nummer der «Cahiers de la Quinzaine» mit dem ersten Teil des Gedichtzyklus «Écoute, Israël!» in dessen Wohnung am Quai-aux-Fleurs 1 auf der Pariser Île de la Cité brachte. Der Titel des Gedichtzyklus lehnte sich an das grundlegende Gebet des Judentums an, dem aus drei Moses-Zitaten zusammengesetzten «Höre Israel, der HERR ist unser GOTT, der HERR ist einer». Und mit dem zuletzt 700-seitigen und erst 1948 vollendeten Versepos war der 1874 geborene Sohn eines Genfer Kaufmanns daran gegangen, seinen Zeitgenossen in einer 4000 Jahre umfassenden «Légende des siècles» die Schönheit und Grösse des Judentums vor Augen zu führen. Er tat dies – nach einer Phase völliger Distanzierung von seiner jüdischen Herkunft – aufgeschreckt vom Antisemitismus rund um den Dreyfusprozess. Fleg, der als Ehemann von Madeleine

Bernheim und Vater zweier Söhne in Paris lebte, freiwillig am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte und nach Erfolgen als Dramatiker ab 1928 persönlich-eigenwillige Biografien grosser jüdischer Gestalten wie Moses, Salomon – aber auch Jesus! – publizierte, errang seinen nachhaltigsten Erfolg allerdings nicht mit «Écoute, Israël!», sondern mit dem 1926 erschienenen Jugendbuch «L'enfant prophète», das Tausende junger Juden auf liebenswürdig humorvolle Weise mit ihrer Religion versöhnte.

Was es heisst, Jude zu sein

«Um Christ zu sein, muss man glauben, dass Jesus in der Hostie ist und dass er Gott ist. Doch was muss man glauben, um Jude zu sein?» Claude Lévy, die Titelfigur des Romans, findet keine Antwort, und so wendet er sich voller Sym-

pathie dem Katholizismus der Freundin Mariette zu. Schrecklich, was die Juden Jesus angetan haben! Dann aber stösst er auf das ewige Leiden und das Verfolgtsein der Juden, und in einer prophetischen Vision enthüllt sich ihm hinter dem kargen jüdischen Kult, den ihm der kuriose Rebbe Lobmann nahebringt, der messianische Traum von einer glücklichen Menschheit.

Ein Schicksal von erschütternder Tragik

Als in Deutschland, wo er studiert hatte, ein offen antisemitisches Regime die Macht ergriff, sah Fleg den Holocaust voraus. 1939 hatten sich seine Voraussagen weitgehend erfüllt, und im Krieg Deutschlands gegen Frankreich verlor er kurz hintereinander seine beiden Söhne: Daniel, den jüngeren, der sich in der Seine ertränkte, weil er nicht zum Kampf gegen Deutschland eingezogen wurde, Maurice, den älteren, der im Kampf gegen Deutschland fiel.

Und als ob es damit nicht genug wäre, verlor er am 6. April 1940 auch noch seinen einzigen Enkel, als er sich, von den Ärzten um Rat gefragt, in einer schrecklichen Notsituation für das Überleben seiner Schwiegertochter und gegen deren Kind entschied. Entmutigen aber liess Fleg sich nicht: nach der deutschen Besetzung Frankreichs machte er an seinem Zufluchtsort in der Provence weiterhin junge Juden mit ihrer Religion vertraut, und als er am 15. Oktober 1963 starb, galt er als ein Hauptexponent der christlich-jüdischen Versöhnung.

Acht Jahre nach seinem Tod aber holte ihn der Antisemitismus doch noch ein. In der Wohnung am Quai-aux-Fleurs für die Verschickung nach Israel bereitgestellt, wurde sein ganzer literarischer Nachlass mit allen Originalen und den Briefen von Proust, Mauriac, Camus und anderen von Unbekannten geraubt und so sicher verwahrt oder vernichtet, dass nie mehr eine Spur davon auftauchte.

BIBLIOGRAFIE: «Das Prophetenkind» ist in der deutschen Übersetzung von Giò WaeckerlinInduni und mit einer Fleg-Biografie von Charles Linsmayer als Band 21 der Edition Reprinted by Huber im Verlag Th. Gut, Zürich, greifbar. Auf Französisch ist der Roman in der Collection Blanche des Verlags Gallimard, Paris, lieferbar.

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST IN ZÜRICH



«Warum will Gott, dass Israel ein Volk von Priestern sei? Damit die Welt sich verändert, damit die Welt, wie sie ist, die Welt wird, wie sie sein wird, wenn durch die Ankunft des Messias Gerechtigkeit und Friede herrschen werden auf der Erde. Dieser messianische Traum ist heute der Traum der gesamten Menschheit.»

(Edmond Fleg an der Schlussitzung des Jüdischen Weltkongresses 1958 in Genf)

Die Schweiz, der zweite Pandemiewinter und die Omikron-Wette

Trotz Volks-Ja zum Covid-Gesetz und rekordhohen Fallzahlen hielt sich die Schweizer Landesregierung im Pandemiewinter 2021/2022 mit Massnahmen zurück. Es ging glimpflicher aus als im Vorjahr.

Während das politische System der Machtteilung in der Schweiz die Pandemiebekämpfung oft bis zur Verzweiflung verlangsamte, zeigte sich zu Beginn des Corona-Winters eine Stärke der direkten Demokratie: die Volksrechte als Ventil in der Krise. Bei der Abstimmung Ende November zum Covid-19-Gesetz stellte sich die Stimmbevölkerung hinter die Pandemiepolitik der Behörden. Eine deutliche Mehrheit brachte zum Ausdruck, dass sie auch das Covid-Zertifikat, die umstrittenste der Schutzvorkehrungen, akzeptierte. Die massnahmen- und impfkritischen Gruppierungen, die wiederholt das Referendum ergriffen hatten und glockenläutend durch Städte und Dörfer gezogen waren, verloren nach der neuerlichen Abstimmungsniederlage an Resonanz.

Die gesellschaftlichen Spannungen rund um die Pandemie verschwanden zwar nicht, doch der Urnengang entschärfte sie. Und für den Bundesrat war das Volks-Ja ein Mandat zur Pandemiebekämpfung, wie es kaum eine andere Landesregierung erhalten hatte. Er interpretierte das allerdings nicht als Freipass, sondern blieb auf dem eher zurückhaltenden Kurs, den er seit Beendigung des Shutdowns eingeschlagen hatte. Die Schweiz sei in der Pandemie stets «hart am Wind gesegelt», wie es der Genfer Epidemiologe Marcel Salathé ausdrückte. Eine Strategie, für die das Land während der zweiten Welle im Herbst und Winter 2020/2021 einen hohen Preis bezahlte: Es kam zu einer markanten Übersterblichkeit.

Frühes Ende der Einschränkungen

Ein Jahr später wurde vor Weihnachten die Schraube zunächst nochmals angezogen. So durften nur noch Geimpfte und Genesene ins Restaurant, ins Kino, ins Fitnesscenter. Der Grund dafür war, dass die Belegung der Intensivstationen erneut einen kritischen Wert überschritten hatte. Die Delta-Variante machte überwiegend Ungeimpfte schwer krank. Um die Kräfte auf sie zu konzentrieren, mussten Spitäler Operationen verschieben. Eilends aktualisierte Richtlinien lagen bereit, falls es zusätzlich zu einer harten Triage käme, zu Entscheiden also, wer vorrangig intensivmedizinische Behandlung erhält. Zugleich begann sich die Omikron-Variante auszubreiten, über die man wenig wusste.

Doch trotz der unsicheren Ausgangslage verzichtete der Bundesrat auf noch strengere Massnahmen, die er bereits mit den Kantonen vorbesprochen hatte, darunter Restaurantschliessungen. Er blieb auch dabei, als sich im Januar die Omikron-Welle so steil auftürmte, wie die wissenschaftliche Taskforce des Bundes es zuvor errechnet hatte. Und sobald der Höhepunkt überschritten war, fielen Mitte Februar – bei immer noch hoher Virusaktivität – sämtliche Covid-Massnahmen, bis auf eine Rest-Maskenpflicht. Ent-



gegen den Befürchtungen war es nicht zu einer Überlastung der Spitäler gekommen, dank inzwischen erhöhter Immunität in der Bevölkerung durch Impfung und Infektion: Allein in den Omikron-Rekordwochen steckten sich 30 bis 40 Prozent der Schweizer Bevölkerung an.

Anders als einige Nachbarländer ging die Schweiz also ohne Schliessungen und Impfpflicht durch den zweiten Corona-Winter, trotz eher tiefer Impfquote. Man sei mit den Freiheiten «eine Wette eingegangen» und habe diese «gewonnen», sagte Bundespräsident Ignazio Cassis. Kritiker bezweifeln allerdings, dass die Wetten gedeckt sind. So könnten die vielen Infektionen für jede fünfte Person Langzeitfolgen haben, wie Fachleute warnen. Schon bekommen es auch die Sozialwerke zu spüren. Wegen Long Covid meldeten sich allein im letzten Jahr 1700 Personen neu bei der Invalidenversicherung an. (SWE)

Trotz noch geltender Schutzbestimmungen feierte das Publikum – hier am Weltcup-Slalom in Adelboden – den Skizirkus mehrheitlich ohne Schutzmaske.

Foto Keystone, 9. Januar 2022



Die «Festung Europa» am Pranger

Die Schweiz soll sich stärker an der Kontrolle der europäischen Aussengrenzen beteiligen. Doch die Aufrüstung der Grenzschutzbehörde Frontex ist umstritten. Am 15. Mai entscheidet das Stimmvolk an der Urne. Ein Nein könnte in Brüssel für weitere Irritationen sorgen.

THEODORA PETER

«Wenn ich an Frontex denke, dann sehe ich in erster Linie Gewalt», sagt Malek Ossi. Der 28-jährige Syrer flüchtete vor sechs Jahren via die Türkei in die Schweiz und gehört zur Bewegung «Migrant Solidarity Network», welche das Referendum gegen den Ausbau der Schweizer Beteiligung an der europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) ergriffen hat. Dem Online-Magazin «Republik» erzählte Ossi von der Odyssee, die ihn über die sogenannte Balkanroute in die Schweiz führte. «Ich weiss, was es heisst, wenn hinten das türkische Militär steht und vorne die griechische Polizei wartet.» Mit Dutzenden anderen Flüchtlingen versteckte er sich eine Woche im Wald, bevor er sich über den Grenzfluss Evros wagte, der damals von den griechi-

schen Behörden und von Frontex-Beamten bewacht wurde. Während Ossi es schliesslich nach Europa schaffte, scheitern viele andere beim Versuch, die EU-Aussengrenze überhaupt zu erreichen. Immer wieder erzählen Geflüchtete, dass sie von Grenzpolizisten zurückgedrängt wurden. So sind Fälle dokumentiert, in denen die griechische Küstenwache in der Ägäis Gummiboote mit Flüchtlingen zurück in türkische Gewässer gestossen hatte.

Solche «Pushbacks» verstossen gegen die Europäische Menschenrechts- und gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Demnach müssen Flüchtlinge ein Asylgesuch stellen dürfen und haben Anrecht auf ein rechtsstaatliches Verfahren. Mit anderen Worten: Wer Schutz sucht, soll zumindest angehört werden. Asyl- und Menschenrechts-

organisationen werfen Frontex vor, illegale «Pushbacks» durch nationale Polizeibehörden zu tolerieren oder gar darin verwickelt zu sein. Ein Untersuchungsausschuss des Europaparlamentes forderte deshalb mehr Überwachung und Transparenz.

Als Schengen-Staat in der Pflicht

Die Rolle der Frontex an den EU-Aussengrenzen gab letzten Herbst auch im eidgenössischen Parlament zu reden. Als Schengen-Mitglied beteiligt sich die Schweiz seit 2011 an der EU-Grenzschutzbehörde – und muss folglich auch deren Budget-Ausbau mitfinanzieren. Mit der Aufrüstung soll Frontex bis 2027 über eine Reserve von 10 000 Einsatzkräften verfügen. Bislang zahlt die Schweiz pro Jahr

Die Frontex, hier eine ihrer Patrouillen im Einsatz an der griechisch-türkischen Grenze, will eine Reserve von 10 000 Einsatzkräften aufbauen. Foto Keystone



rund 14 Millionen Franken. Bis 2027 soll dieser Betrag auf jährlich 61 Millionen Franken steigen. Dagegen wehrten sich SP und Grüne mit dem Argument, Frontex wolle an den Aussen-grenzen eine regelrechte «Armee» aufbauen, um die «Festung Europa» abzuschotten. Die Mehrheit von National- und Ständerat stellte sich jedoch hinter ein stärkeres Engagement der Schweiz: Schliesslich profitiere das Land vom Schutz der Schengen-Aus-sengrenzen.

Die vielen Toten im Mittelmeer seien zwar eine «Schande für Europa», sagte der grünliberale Nationalrat Beat Flach. Schuld daran sei aber nicht Frontex: Die Behörde sei im Gegenteil «eines der Mittel, um dies künftig zu verhindern». Bundesrat Ueli Maurer wies die Kritiker darauf hin, dass die Schweiz die Einhaltung von Grund-rechten besser einfordern könne, wenn «wir an der Front mit dabei sind». Seine Partei, die europakritische SVP, ist in der Frage jedoch ge-

spalten. Die einen begrüssen eine stärkere Kontrolle der Schengen-Aussen-grenzen als Bollwerk gegen «Wirt-schaftsmigranten», andere möchten die zusätzlichen Millionen lieber in den Schutz der Schweizer Grenzen stecken.

Gegen «Militarisierung der Grenzen»

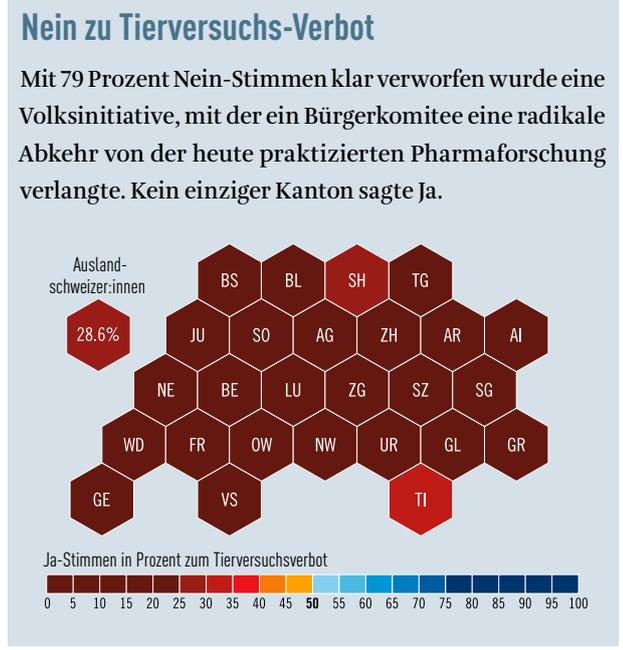
Zur Volksabstimmung kommt es, weil ein Bündnis von rund 30 Organisati-onen das Referendum ergriffen hat. Die Aktivistinnen und Aktivisten des «Migrant Solidarity Network» stellen sich grundsätzlich gegen das EU-Grenzschutzregime als «Symbol für die Militarisierung der Grenzen». Nicht mit dabei ist Amnesty Interna-tional. Die Menschenrechtsorganisa-tion plädiert vielmehr dafür, diejeni-gen Kräfte innerhalb der EU zu stärken, welche Frontex dazu verpflichten wollen, «den Schutz von Geflüchteten ins Zentrum zu stellen – anstatt Men-

schen auf der Flucht zusätzlich zu be-drohen.» Tatsächlich setzen vor allem osteuropäische EU-Länder beim Grenzschutz auf die Abwehr von Migrantinnen und Migranten.

Am 15. Mai wird an der Urne nicht grundsätzlich über die Beteiligung am europäischen Grenzschutz entschie-den. Das Referendum könnte aber Konsequenzen für die Beteiligung der Schweiz am Schengen-Raum haben, gibt der Politologe Fabio Wasserfallen von der Universität Bern zu bedenken. «Bei Schengen ist man entweder dabei oder nicht – mit allen Konsequenzen.» Zwar müsse die Schweiz bei einem Volks-Nein nicht unmittelbar mit einem Rauswurf rechnen, «doch der Druck, rasch eine Lösung zu präsen-tieren, wäre hoch.» Für Irritationen in Brüssel könnte dabei sorgen, dass die Schweiz nicht mehr als «verlässliche Partnerin» wahrgenommen wird, er-klärt Wasserfallen. Die bereits ange-spannte Beziehung zur EU könnte sich damit weiter verkomplizieren.



Rückblick auf den Urnengang vom 13. Februar



Neuer Anlauf für bilaterale Abkommen

Seit dem Abbruch der Verhandlungen zu einem Rahmenabkommen im Mai 2021 (siehe «Revue» 4/2021) sondiert die Schweizer Landesregierung neue Kooperationsmöglichkeiten mit der EU. Dazu steckt der Bundesrat den Rahmen für ein mögliches Paket ab. Die Details der neuen Agenda waren bei Redaktionsschluss Mitte Februar noch nicht bekannt. Klar ist der Wunsch nach einer Weiterentwicklung des bilateralen Wegs, obwohl Brüssel diese Option bislang ausgeschlossen hatte. Im Vordergrund stehen sektorielle Abkommen, in denen jeweils auch die Übernahme von EU-Recht geregelt würde. Ausnahmen möchte die Schweiz in innenpolitisch heiklen Fragen wie beim Lohnschutz oder bei Sozialleistungen für EU-Bürger in der Schweiz aushandeln.

Aus Sicht von Bundespräsident und Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) geht es darum, «dass wir aus der rein technisch-institutionellen Fragestellung rauskommen müssen», wie Cassis in Medieninterviews erklärte. «Erst wenn Politik und Gesellschaft erkennen, welche materiellen Gewinne die Schweiz erwarten kann, wird auch eine institutionelle Annäherung akzeptiert werden.» Dazu brauche es einen breiteren Verhandlungsansatz, «in dem von beiden Seiten Zugeständnisse akzeptiert werden». Bis sich Bern und Brüssel einig werden, dürfte es aber noch länger dauern. Die Nachteile eines Abseitsstehens sind bereits spürbar – so für den Schweizer Forschungsplatz, der den direkten Zugang zu wichtigen EU-Bildungs- und Forschungsprojekten verloren hat. (TP)

Die Abstimmungen vom 15. Mai:

Frontex:

Als Mitglied des Schengen-Raums soll sich die Schweiz finanziell am Ausbau der europäischen Grenz- und Küstenwache beteiligen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen (siehe Seite 17).

Organspende:

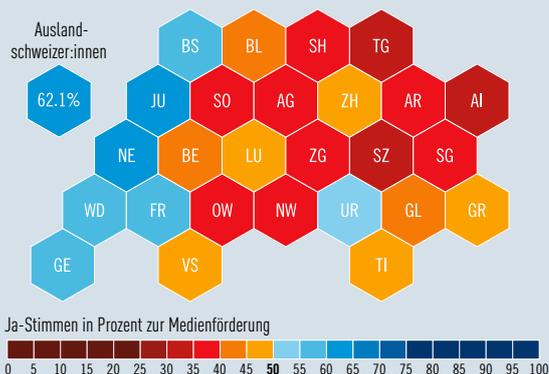
Die Änderung des Transplantationsgesetzes bringt einen umstrittenen Paradigmenwechsel: Künftig soll jede und jeder für eine Organspende in Frage kommen, sofern er dies zu Lebzeiten nicht explizit ausgeschlossen hat (siehe Seite 20).

Filmgesetz:

Streaming-Plattformen wie Netflix, Amazon oder Disney+ sollen künftig dazu verpflichtet werden, jährlich vier Prozent ihrer Einnahmen in der Schweiz ins hiesige Filmschaffen zu investieren. Wer diese Vorgabe nicht erfüllt, muss eine Ersatzabgabe zahlen, die dem unabhängigen Schweizer Film zufließt. Gegen diese Investitionspflicht wehren sich die Jungparteien von FDP, SVP und GLP. Sie befürchten, dass die Streamingdienste deswegen die Abopreise erhöhen. (TP)

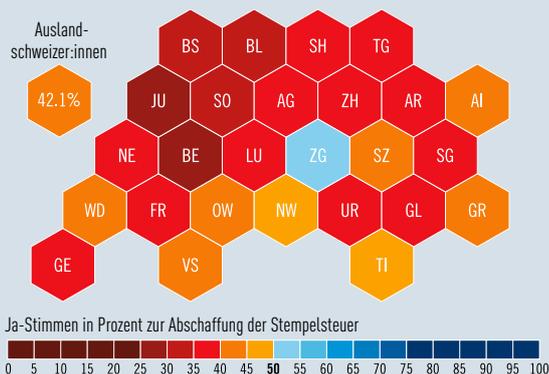
Nein zu Medienförderung:

Zeitungen, Online-Portale und Nachrichtenagenturen werden nicht zusätzlich mit öffentlichen Geldern unterstützt. Das Stimmvolk lehnte ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien mit 55 Prozent Nein ab.



Nein zu Abschaffung der Stempelsteuer:

Firmen müssen weiterhin eine Abgabe auf Eigenkapital bezahlen. Das Stimmvolk stellte sich mit 63 Prozent Nein gegen die Vorlage, die Steuerverluste von jährlich 250 Millionen Franken zur Folge gehabt hätte. (TP)



Neue Organspende-Regel: segensreich oder übergriffig?

In der Schweiz mangelt es an Spenderorganen wie Herzen, Lungen oder Nieren. Deshalb wollen Bundesrat und Parlament das System ändern: Neu soll als Organspender gelten, wer sich zu Lebzeiten nicht dagegen geäussert hat. Weil das Referendum ergriffen wurde, entscheidet im Mai die Stimmbevölkerung.

SUSANNE WENGER

Sie warten, sie bangen, sie hoffen: 1434 Menschen standen Ende letzten Jahres auf der Warteliste der Stiftung Swiss-transplant für ein neues Organ. Für 72 Personen war der ersuchte Anruf 2021 nicht rechtzeitig gekommen; sie starben, während sie auf ein passendes Organ warteten. Im gleichen Jahr durften Organe von 166 Verstorbenen transplantiert werden. Das waren zwar mehr als im Vorjahr, trotzdem weist die Schweiz im europäischen Vergleich eine geringe Spenderate auf. An Unwille scheint das nicht zu liegen: Die Mehrheit steht der Organspende gemäss Umfragen positiv gegenüber. Allerdings machen nur die wenigsten den Schritt, dies aktiv mit einem Spenderausweis zu bekunden. Um das Potenzial zu erschliessen, wollen Bundesrat und Parlament das System wechseln.

Seit 2007 gilt in der Schweiz die Zustimmungslösung. Das heisst: Eine Organentnahme nach ärztlich festgestelltem Hirntod ist nur dann zulässig, wenn die betreffende Person dem zu Lebzeiten zugestimmt hat. Künftig soll es gerade umgekehrt sein. Wer die eigenen Organe nicht spenden will, muss das deklarieren. Es ist die sogenannte

Widerspruchslösung, wie sie in mehreren europäischen Ländern gilt, darunter Frankreich, Italien, Österreich und Spanien. Was auffällt: Überall da stellen mehr Menschen ihre Organe zur Verfügung als in der Schweiz. Neuere Forschung belege, dass dies unter anderem dank der Widerspruchsregelung so sei, hielt der Bundesrat in seiner Botschaft ans Parlament fest.

Sicherungen eingefügt

Die Landesregierung wurde aktiv, weil ein Komitee aus der Westschweiz 2019 die Volksinitiative «Organe spenden – Leben retten» eingereicht hatte. Die Initiative verlangt den Wechsel zum Widerspruchsprinzip und will dieses strikt umsetzen. Das ging dem Bundesrat jedoch zu weit. Er schlug dem Parlament als indirekten Gegenvorschlag eine Änderung des Transplantationsgesetzes vor, die zwar die Widerspruchsregel einführt, aber mit Sicherungen. So wird ein Mitspracherecht der Angehörigen beibehalten. Sie sollen wie heute zum mutmasslichen Willen des Verstorbenen befragt werden, wenn nichts Schriftliches vorliegt.

Szene in einem Zürcher Spital: Die Kühlbox mit dem Spenderherz trifft im Operationssaal ein.

Foto Keystone



Sind keine Angehörigen erreichbar, bleibt die Organentnahme bei unklarem Willen verboten.

Zudem ist intensive Aufklärung vorgesehen, damit alle Bevölkerungsgruppen über das Widerspruchsrecht informiert sind. Wegen der Ergänzungen wird von einer erweiterten Widerspruchslösung gesprochen. Das Parlament stimmte ihr letztes Jahr mit deutlichem Mehr zu. Daraufhin zogen die Initianten ihr Volksbegehren «bedingt» zurück: der Rückzug wird wirksam, wenn der indirekte Gegenvorschlag in Kraft tritt. Doch dieser muss jetzt trotzdem vor dem Stimmvolk bestehen. Gegen die Gesetzesänderung wurde im Januar 2022 das Referendum eingereicht. Zu so etwas brauche es eine gesellschaftliche Debatte, befanden die Urheber.

Nicht ohne «informierte Zustimmung»

Nicht Parteien oder Verbände hatten das Referendum ergriffen, sondern Privatpersonen und Fachleute aus Gesundheitswesen, Recht und Ethik. Eine von ihnen ist Susanne Clauss als Co-Präsidentin des Referendumskomitees. Laut der Bernerin muss eine Organspende bleiben, was sie sei: eine freiwillige Spende nach vollständiger Aufklärung. Ohne informierte Zustimmung – ein wichtiger Grundsatz in der Medizin – dürfe es keine Organentnahme geben: «Fehlt der eindeutige Beweis, dass der sterbende Mensch seine Organe spenden wollte, ist eine Organentnahme ethisch unwürdig und verfassungsrechtlich fragwürdig», sagt die Pflegefachfrau und Hebamme, die ein Geburtshaus führt.



«Der Druck auf Angehörige wird wachsen.»

SUSANNE CLAUSS:
CO-PRÄSIDENTIN REFERENDUMSKOMITEE

Die meisten Gegnerinnen und Gegner anerkennen zwar ein öffentliches Interesse an einer ausreichenden Versorgung mit Organen. Sie bezweifeln aber, dass die Widerspruchsregelung zum Ziel führt. Und der Staat greift ihnen damit zu stark in die persönliche Freiheit ein. Diese erstreckt sich auch auf den Umgang mit dem Körper nach dem Ableben, argumentieren sie. Werde Schweigen mit einem Ja zur Organspende gleichgesetzt, drohe der Schutz des Selbstbestimmungsrechts über den eigenen Körper zu erodieren.

«Körperliche Unversehrtheit gewahrt»

Susanne Clauss findet nicht, dass die erweiterte Widerspruchsregelung Angehörige entlaste, wie das in der Parlamentsdebatte zu hören war. Beruflich habe sie oft erlebt,

wie sehr ihnen der Organspende-Entscheid in einer tragischen Situation zusetze. Nun werde der Druck noch wachsen: «Es wird gesellschaftlich erwartet, dass man seine Liebsten zur Spende freigibt.» Die Organspende am Lebende ist ein persönliches Thema. Die Diskussion verläuft nicht allein entlang der Parteipolitik, sondern ist auch geprägt von eigenen Werten und Erfahrungen. So ist Opponentin Clauss sozialdemokratische Lokalpolitikerin in der Stadt Biel, während die SP im nationalen Parlament der Widerspruchslösung mehrheitlich zustimmte.



«Es sind genügend Notbremsen eingebaut.»

FRANZ GRÜTER:
LUZERNER NATIONALRAT (SVP)

Gleiches ist auf der Befürworterseite zu beobachten, etwa beim Luzerner Nationalrat Franz Grüter von der rechtsbürgerlichen SVP. Er stellt sich hinter die Gesetzesänderung, während seine Fraktion diese verwarf. «Es sind genügend Notbremsen eingebaut, damit die körperliche Unversehrtheit der Organspender gewahrt bleibt», stellt Grüter fest. Man könne im Voraus Nein sagen, was mündigen Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten sei. Habe jemand nichts festgelegt, könnten immer noch die Angehörigen ablehnen, wenn sie glaubten, der verstorbene Mensch wäre dagegen.

Sorge um die Tochter

Franz Grüters Haltung hat mit familiärer Betroffenheit zu tun. Der IT-Unternehmer ist Vater einer herzkranken Tochter. Die bald 26-Jährige hat schon sechs Operationen hinter sich. «Im Moment geht es ihr gut», erzählt Grüter, «aber gemäss Langzeitprognosen wird sie wahrscheinlich eines Tages ein Spenderherz brauchen.» Vier von fünf Spenderherzen, die in der Schweiz benötigt werden, kommen aus dem Ausland, weiss Grüter. Die tiefe Spenderate hierzulande gibt dem Vater und Politiker zu denken. Er hat sich selber als Organspender registrieren lassen und will sich auch in der Abstimmungskampagne engagieren.

Neben Widerspruchs- und Zustimmungslösung gäbe es noch ein drittes Modell: die Verpflichtung zur Erklärung («mandatory choice»). Die Bevölkerung würde dabei regelmässig aufgefordert, sich zur Organspende zu äussern, etwa beim Hausarztbesuch oder der Erneuerung der Identitätskarte. Die Schweizer Ethikkommission im Bereich Humanmedizin empfiehlt diese Variante, Deutschland führte sie kürzlich ergänzend zur Zustimmungsregelung ein. Im Schweizer Parlament hingegen scheiterten entsprechende Anträge, unter anderem mit der Begründung, der Aufwand wäre unverhältnismässig gross.

Altlast im Neubau: Der Zürcher Kunststreit

Mit dem eleganten Kunsthaus-Anbau des Architekten David Chipperfield will Zürich glänzen. Stattdessen verheddert sich die Stadt in eine Raubkunst-Kontroverse um den umstrittenen Waffenindustriellen Emil G. Bührle.

JÜRIG STEINER

Gross und grossartig: Diese beiden Adjektive fallen Zürichs Stadtpräsidentin Corine Mauch bei der Eröffnung im Herbst 2021 ein, als sie im Entrée des Kunsthaus-Erweiterungsbaus von David Chipperfield steht. Sie drückt damit indirekt aus, was die Wirtschaftsstadt an der Limmat mit dem Engagement des britischen Architekten für ihr zuvor eher bescheidenes Kunsthaus anstrebt: eine weltläufigere Metropole zu werden, die im globalen Aufmerksamkeitswettbewerb mit mondän inszenierter Kunst punkten will.

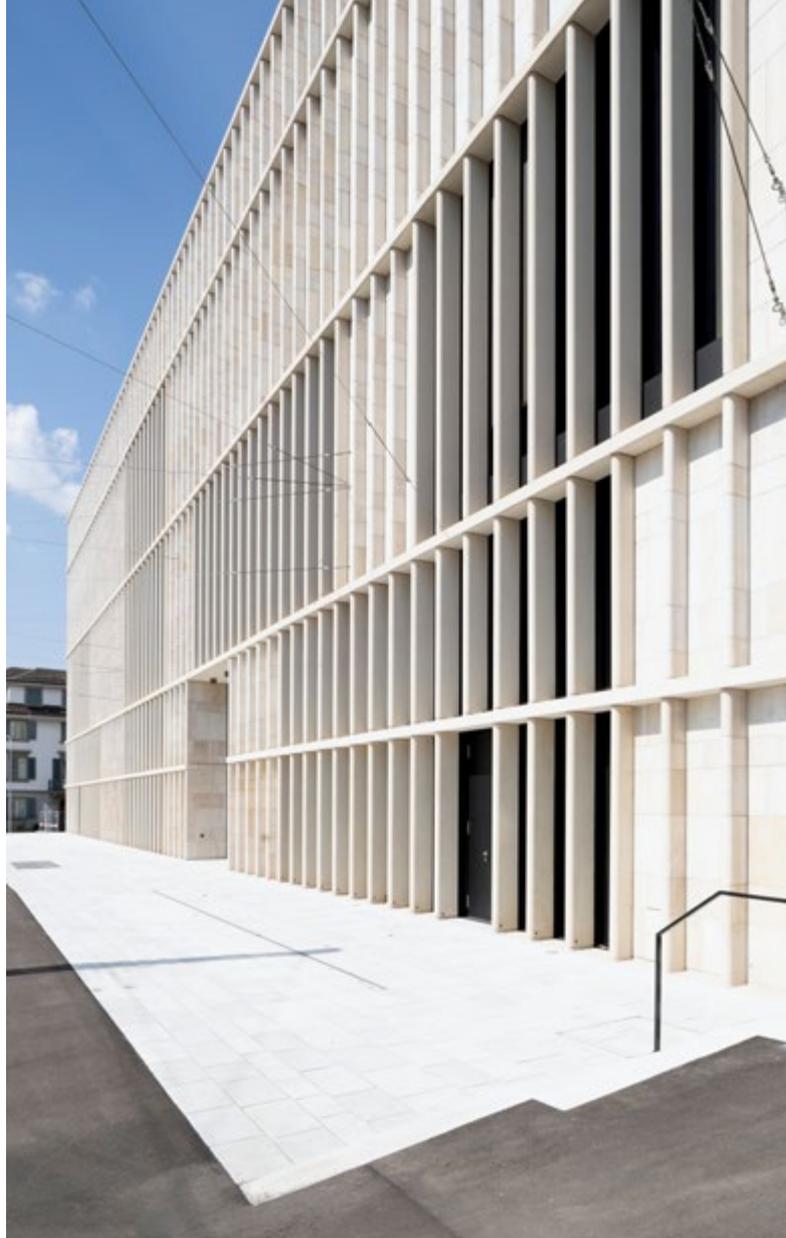
Chipperfield hat mit seinem Bau, der 206 Millionen Franken gekostet hat, zweifellos eine geeignete Hülle dafür geschaffen. Bern hat das Zentrum Paul Klee, Basel das Museum der Fondation Beyeler, beide gebaut von Renzo Piano. Nun aber zieht Zürich mit Chipperfield vorbei und macht das Kunsthaus zu einem der grössten Museen Europas.

Wuchtiger Quader, lichte Bühne

Das Kunsthaus befindet sich im dicht bebauten Hochschulquartier nahe dem Stadtzentrum, das sanft zum See abfällt, und dort hinein stellte Chipperfield nun zusätzlich einen wuchtigen Quader aus beigem Jurakalk. Obschon dessen Fassade mit Lamellen aufgelockert ist, wühlt allein der massive Bau kritische Gemüter in Zürich auf: Es sei ein protziger Monolith, der ein elitäres Kunstverständnis untermauere. Was aber kaum jemand in Zweifel zieht: Das Innere des Kubus ist eine lichte, würdige Bühne für grosse Kunst. Allerdings sorgt genau die Ambition, mit Kunst zu brillieren, jetzt dafür, dass eine lange verdrängte Altlast mit Vehemenz ans Licht kommt. Denn die Eröffnung des Chipper-



Emil G. Bührle
(1890–1956):
Kunstfreund und
Waffenfabrikant.



field-Neubaus ist mit einem heiklen Transfer verbunden. 170 Gemälde aus der illustren Kunstsammlung des Zürcher Industriellen Emil G. Bührle (1890–1956) wechseln als Dauerleihgabe ins öffentliche Kunsthaus. Weil sich darunter Ikonen – etwa Bilder von van Gogh, Gauguin, Cézanne oder Renoir – befinden, hievt sich Zürich fast auf eine Stufe mit der Impressionisten-Hauptstadt Paris. Wenn da nicht der Name des umstrittenen Waffenindustriellen Bührle wäre.

Kunstfreund und Waffenexporteur

Dessen unglaubliche Geschichte ist längst kritisch untersucht, dokumentiert und publiziert. Emil G. Bührle war 1924 aus Deutschland nach Zürich entsandt worden, damit er auf neutralem Boden bei der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon eine Flugabwehrkanone weiterentwickelt. In Deutschland war das unmöglich, weil der Friedensvertrag von Versailles den Deutschen den Wiederaufbau einer Rüstungsindustrie im eigenen Land verbot. Bührle machte die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon kurzerhand zur grössten Kriegsmaterialherstellerin der Schweiz – und sich selber zum reichsten Schweizer. Der 1937 eingebürgerte



Bührle pflegte erstklassige Geschäftsbeziehungen bis in die höchsten Sphären von Nazi-Deutschland und war nach 1945 selbstredend flexibel genug, sein Geschäftsmodell den Bedingungen des Kalten Kriegs anzupassen. Und Rüstungsgüter in alle Krisenregionen der Welt zu liefern – nachweislich nicht immer legal.

Sein aus dem Waffengeschäft alimentiertes Vermögen investierte der frühere Kunststudent unter anderem – in Kunst. Er bediente sich in grossem Stil auf dem Nachkriegs-Kunstmarkt, auf dem sich unzählige Werke befanden, die jüdische Galeristen und Sammler unter Zwang veräussert hatten. Der Raubkunst-Verdacht schwebt deshalb über der Sammlung. Die enge Verbindung mit der kunstinteressierten Zürcher Elite sicherte sich Bührle, indem er eine erste Ausbaustufe des Kunsthauses finanzierte.

Sammlung im Schatten

Nach seinem plötzlichen Tod 1956 fristete Bührles imposante Sammlung, die von einer nach ihm benannten Stiftung bewirtschaftet wird, jahrzehntelang in einer privaten Villa am Zürcher Stadtrand ein Schattendasein. Erst ein

Der Chipperfield-Bau, ein wuchtiger Quader mit einer Fassade aus geradezu filigranen Lamellen.

Foto Keystone

Kunstraub in der ungenügend gesicherten Villa im Jahr 2008 rief den unversicherbaren Millionen-Wert der Bührle-Bilder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit.

2012 entschieden die Zürcher Stimmberechtigten über die öffentliche Mitfinanzierung des nun realisierten Kunsthaus-Anbaus von 75 Millionen Franken. Dass die umstrittene Bührle-Sammlung im Neubau Platz finden würde, war damals zwar bekannt, wurde aber kaum debattiert.

Kontaminiertes Museum?

Im März 2022 ist es exakt 20 Jahre her, dass die Bergier-Kommission ihren Schlussbericht über die während dem Zweiten Weltkrieg in die Schweiz gelangten Vermögenswerte vorlegte. Die Arbeit der Historiker hat die Sensibilität in der Schweizer Öffentlichkeit gegenüber den Verstrickungen mit dem Nazi-Verbrechen wesentlich erhöht. Umso mehr stellt sich die Frage, warum Zürich erst jetzt, da die Bilder im Kunsthaus-Neubau hängen, von einer heftigen Debatte über die Herkunft der Bührle-Sammlung ereilt wird. Der Historiker Erich Keller hat dafür eine interessante These, die er in seinem lesenswerten Buch «Das kontaminierte Museum»,



Corine Mauch:
«Die Bührle-Debatte tut uns gut.»



Paul Cézannes «Knabe mit roter Weste» ist eines der hochkarätigen Werke der Bührle-Sammlung. Es wurde 2008 gestohlen, in Belgrad wieder sichergestellt – und hängt heute im Zürcher Kunstmuseum. Foto Keystone

in dem er die enge Beziehung zwischen der Sammlung Bührle, der linken Zürcher Stadtregierung und dem Kunsthaus Zürich auffächert, darlegt. Eine verantwortungsvolle Auseinandersetzung mit der Sammlung Bührle sei der Standortpolitik – also dem Willen, Zürich als Kunstmetropole aufzuwerten – geopfert worden, kritisiert Keller. Das Ziel sei es, so Keller, die Sammlung von ihrem Begründer zu lösen – damit die Kunst nicht mehr die Waffenfabrik oder den Waffenhändler repräsentiere, sondern die Kulturstadt Zürich. Diese Ausgangslage habe zum Beispiel die ungenügende Erforschung der Provenienzen der Bührle-Bilder begünstigt, findet Keller. Ist wirklich abschliessend geklärt, dass sich unter den Bildern keine Raubkunst befindet? Tatsächlich war dafür der Direktor der Bührle-Sammlung selber zuständig – was inzwischen auch ehemalige Mitglieder der Bergier-Kommission bewogen hat, eine unabhängige Überprüfung zu fordern.

Zürich ist damit weit weg etwa vom Kunstmuseum Bern, das vom 2014 verstorbenen Kunsthändler Cornelius Gurlitt als Erbe der Sammlung seines Vaters Hildebrand, einem Nazi-Kunsthändler, eingesetzt wurde. Bern gleiste eine unabhängige Provenienzforschung und eine offensive Rückgabep Praxis auf – was beim auswärtigen Schenker Gurlitt wohl leichter fiel als bei dem mit der Zürcher Elite aufs Engste verflochtenen Bührle.

Trotzdem zeichnet sich in der hitzigen Auseinandersetzung in Zürich nun Bewegung ab. Stadtpräsidentin Corine Mauch hat angekündigt, dass die Stadt bei der Stiftung Bührle und bei der Darstellung im Kunsthaus-Anbau Nachbesserungen einfordert. «Die Bührle-Debatte tut uns gut, auch wenn sie uns weh tut», hielt sie gegenüber der «Neuen Zürcher Zeitung» fest.

Die Bührle-Sammlung (in Deutsch): revue.link/buehrle
Erich Keller, «Das kontaminierte Museum»: revue.link/keller

Heiratende Paare, wankende Berggipfel

19,2

Das Jahr 2022 begann in der Schweiz mit meteorologischen Rekorden, von denen man gar nicht mehr recht weiss, ob man sich darüber freuen soll. So kletterte am 1. Januar das Thermometer im alpinen Poschiavo (GR) auf 19,2 Grad. Besonders frostig ist das nicht. Der ganze Januar war an 13 von 14 Schweizer Messstationen überdurchschnittlich warm.

22. 2. 22

Schweizer Paare heiraten lieber im Sommer als im Winter. Der heurige Februar fällt da ganz aus der Reihe. Aber es liegt nicht am milden Wetter. Vielmehr animiert ein Datum voller Zweien viele zur ehelichen Zweisamkeit: Am 22. 2. 22 waren schweizweit praktisch alle Traulokale ausgebucht. Hoffentlich war das leicht zu merkende Datum nicht der einzige Grund, sich das Ja-Wort zu geben.

6,2

Das Buch ist tot. Doch die Statistik widerspricht: In der Schweiz stieg 2021 der Umsatz des Buchhandels zum dritten Mal in Folge. Um 5 Prozent stieg der Bücherverkauf. Gleich um 6,2 Prozent legte die Belletristik zu. Und da sind in den Top 10 gleich sechs Schweizer Autorinnen und Autoren: Donna Leon, Benedict Wells, Christine Brand, Joël Dicker, Arno Camenisch und Silvia Götschi.

9 000 000 000

9 Milliarden Zigaretten werden in der Schweiz jährlich geraucht. Nun zeigen sich starke Rauchzeichen: Zeitgleich mit dem Beginn der Pandemie stieg Zigaretten- und Tabakkonsum wieder – erstmals seit zehn Jahren. Um vier Prozent legte der Verkauf zu. Experten nennen als einen der Gründe das gängig gewordene Homeoffice.

2

Die Zahlen dieser Rubrik stehen oft für Wandel. Darum wenden wir uns nun dem unverrückbaren und massiven Matterhorn zu. Nur: Auch da liefern Forschende bewegende Neuigkeiten. Der Berggipfel ist ständig in Bewegung, schwingt alle zwei Sekunden um wenige Mikrometer hin und her – angeregt durch seismische Wellen in der Erde. Der Gipfel bewegt sich über zehnmal stärker als der Fuss des Berges. Ein bisschen so, wie der Wipfel eines Baumes.

«Ich konnte auch meine Sprachkenntnisse verbessern»

Der junge Auslandschweizer Pol Giralt aus Spanien war Schüler der Schweizerschule in Barcelona, wie bereits seine Grossmutter und sein Vater. In den letzten langen Sommerferien besuchte er die Schweiz und arbeitete auf einem Bauernhof.

INTERVIEW: RUTH VON GUNTEN, EDUCATIONSUISSE

Agriviva gibt es seit über 75 Jahren. Die Organisation möchte eine Brücke zwischen Stadt und Land und verschiedenen Kulturen bauen, indem sie mehrwöchige Einsätze für junge Menschen aus der ganzen Welt vermittelt. Gegen Kost und Logis und ein kleines Taschengeld unterstützt man eine Bauernfamilie bei der täglichen Arbeit. Ideal für alle, die gerne aktiv sind, die Natur mögen, eine neue Familie und das Leben auf einem Schweizer Bauernhof kennenlernen möchten.

Pol Giralt, wie haben Sie von der Schweizer Organisation Agriviva erfahren?

Mein Vater hat in der «Schweizer Revue» einen Artikel von education-suisse zum Thema «Arbeitserfahrung in der Schweiz sammeln» gelesen. Darin wurde auch Agriviva erwähnt. Auf einem Bauernhof zu arbeiten fand ich eine gute Idee und wollte es unbedingt ausprobieren. Auf der Webseite von Agriviva fand ich alle nötigen Informationen und habe mich angemeldet.

Wie hat es Ihnen in der Schweiz auf dem Bauernhof gefallen?

Ich habe einen ganzen Monat auf dem Bauernhof in der Gemeinde Bözberg im Kanton Aargau verbracht und viel erlebt. Es hat mir sehr gut gefallen, obwohl es beim Arbeiten manchmal doch anstrengend war.

Beschreiben Sie doch bitte Ihren typischen Tag auf dem Bauernhof.

Ich stand um 7 Uhr auf und frühstückte mit der Familie ausgiebig. Um 8 Uhr gingen wir schon auf das Feld, um Kirschen zu pflücken. Jeden Tag arbeiteten rund 15 Leute mit, manchmal waren es aber auch 30 Leute. Die



Pol Giralt: «Die harte Arbeit selbst zu erleben, lehrt uns, Respekt vor den Bauern zu haben». Foto ZVG

Kirschbäume sind ungefähr vier Meter hoch. So stiegen wir auf Leitern oder pflückten vom Boden aus täglich mehr als 500 Kilo Früchte. Nach der Mittagspause half ich entweder noch einmal beim Kirschenpflücken oder im Stall, um die Kühe zu melken.

Gab es Sprachprobleme oder sonst Verständnisprobleme?

Ich habe an der Schweizerschule in Barcelona und zu Hause mit meiner Grossmutter Deutsch gelernt. Es gab somit wenig Missverständnisse. Die Bauernfamilie wusste, dass ich kein Schweizerdeutsch verstand. Zudem gab es auch einige Mitarbeiter aus Deutschland. Wir haben also immer Hochdeutsch gesprochen. So konnte ich auch meine Sprachkenntnisse verbessern.

Was hat Ihnen am meisten auf dem Bauernhof gefallen?

Es war sehr interessant, viele neue Menschen und die verschiedenen Kulturen kennenzulernen. Interessant war es auch zu sehen, wie die Bauern die Früchte vermarkten und den Weg der Kirschen vom Feld bis in den Supermarkt zu verfolgen.

Werden Sie in die Schweiz zurückkehren, um wieder auf einem Bauernhof zu arbeiten?

Gerne würde ich bereits nächstes Jahr erneut zu einer Bauernfamilie reisen. Im September habe ich aber jetzt mein Studium in Chemieingenieurwissenschaft an der Universitat Politècnica de Catalunya – UPC – angefangen. Da bin ich mir nicht sicher, ob mir für Agriviva genügend Zeit bleibt.

Würden Sie Ihren Freunden einen Aufenthalt bei einer Bauernfamilie empfehlen?

Ja sicher! Und nicht nur meinen Freunden, sondern allen Jugendlichen empfehle ich, einmal auf einem Bauernhof mitzuhelfen. Es ist nicht nur ein tolles Erlebnis, sondern man lernt auch neue Sachen. Selbst zu erleben, wie hart gearbeitet wird, damit wir jeden Tag das Essen auf dem Tisch haben, lehrt uns, Respekt vor den Bauern zu haben.

Educationsuisse bietet jungen Auslandschweizerinnen und -schweizern Beratung rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz».



educationsuisse, Ausbildung in der Schweiz,
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz
Tel. +41 31 356 61 04; info@educationsuisse.ch;
www.educationsuisse.ch

Krankenversicherung abschliessen bei Rückkehr in die Schweiz

Die Frage: Ich ging davon aus, dass ich bei meiner Rückkehr in die Schweiz automatisch – also von Amtes wegen – krankenversichert sein würde, da die Versicherung ja obligatorisch ist. Niemand teilte mir mit, dass ich diesen Schritt eigens vollziehen muss. Ab wann kann ich eine Krankenversicherung abschliessen?

Die Antwort: Nein, Sie sind nicht automatisch krankenversichert. Sobald Sie jedoch wieder Wohnsitz in der Schweiz haben, können und müssen Sie eine Grundversicherung abschliessen, die in der Regel rückwirkend ab dem Datum der Anmeldung bei der Einwohnergemeinde gilt (das heisst, sobald Sie Ihren zivilrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz haben).

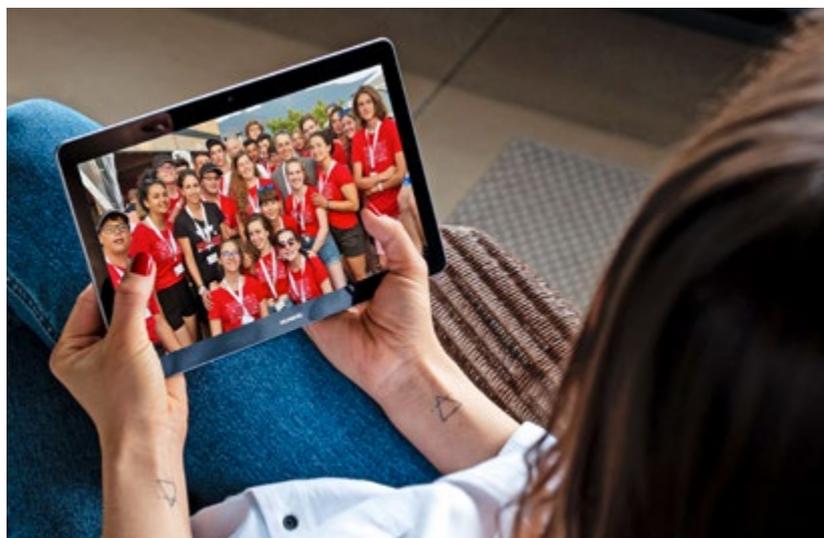
Die Krankenversicherung ist für alle in der Schweiz lebenden Personen obligatorisch. Die Krankenversicherer sind daher auch verpflichtet, jede in der Schweiz wohnhafte Person ungeachtet von Alter und Gesundheitszustand in die Grundversicherung aufzunehmen. Auch können Sie Ihre Krankenkasse innerhalb der zugelassenen Versicherer frei wählen. Welche Leistungen die Grundversicherung umfasst, ist gesetzlich geregelt.

Die Krankenkassen dürfen Auslandschweizerinnen und -schweizern, die sich wieder in der Schweiz niederlassen, die Aufnahme in die Grundversicherung nicht verweigern und sie dürfen auch keine Vorbehalte (beispielsweise wegen bestehender Krankheiten) anbringen. Die Krankenversicherung muss innerhalb von drei Monaten nach der Wohnsitznahme in der Schweiz abgeschlossen werden. Sie wird rückwirkend auf das Datum der Wohnsitznahme abgeschlossen.

Bestimmte Personen sind von der Pflicht, sich in der Schweiz versichern zu müssen, befreit. Dazu gehören etwa Rentnerinnen und Rentner, die eine Rente von einem EU-Land, aber keine Schweizer Rente beziehen, sowie Personen, die sich zu Ausbildungszwecken in der Schweiz aufhalten und über den gleichen Versicherungsschutz verfügen, wie ihn auch die schweizerische Grundversicherung bietet.

Die Krankenversicherung wird für jedes Familienmitglied (Erwachsene und Kinder) einzeln abgeschlossen. Alle Versicherten bezahlen eine Prämie, die je nach Krankenkasse unterschiedlich ausfallen kann. Die Leistungen der Grundversicherung sind hingegen für alle gleich. Ein Prämienvergleich lohnt sich! Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) bietet einen Prämienvergleich im Internet an: www.priminfo.ch.

RECHTSDIENST ASO



Fotomontage: Thomas Schneider

Der zweite Jugendkongress setzt auf die Farbe Grün

Die Auslandschweizer-Organisation wird in Zusammenarbeit mit dem Youth Parliament of Swiss Abroad (YPSA) im kommenden Sommer einen zweiten Jugendkongress organisieren.

Im Juli 2021 wurde erstmals ein Kongress für junge Auslandschweizerinnen und -schweizer durchgeführt – und dies mit Erfolg: Die jungen Auslandschweizerinnen und -schweizer hatten damit erstmals eine breite Austauschmöglichkeit, einen eigenen Kongress. Organisiert wurde der online durchgeführte Kongress gemeinsam mit dem Youth Parliament of Swiss Abroad (YPSA), der Plattform für jugendliche Auslandschweizerinnen und -schweizer. Den Teilnehmenden wurde ein buntes Programm mit spannenden Themen wie Schweizer Politik, Bildung, Arbeit und Kultur präsentiert. Dank dem virtuellen Format war es rund 50 Jugendlichen aus 23 Ländern von Frankreich über Sri Lanka und Chile bis hin zu Australien möglich, sich einzubringen.

Angesichts der ermutigenden Erfahrung ist nun für den 13. Juli 2022 ein zweiter Jugendkongress in Vorbereitung. In dessen Mittelpunkt wird das Hauptthema «Grüne Schweiz» stehen. Anmeldungen sind ab dem 16. Mai 2022 auf unserer Webseite www.swisscommunity.org > Jugendangebote möglich. In Kürze werden dort auch weitere Informationen sowie das detaillierte Programm aufgeschaltet. (MB)

Auslandschweizer-Organisation,
Jugenddienst, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 24
E-Mail: youth@swisscommunity.org
www.swisscommunity.org

Der Prozess der Lebenskontrolle erfolgt jetzt automatisch

Die Schweizerische Ausgleichskasse verbessert den Prozess der Lebenskontrollen durch einen automatisierten Austausch. Dieser wird das Verfahren für einen Grossteil der Schweizer Staatsangehörigen, die eine AHV-/IV-Rente beziehen, vereinfachen.

Bisher mussten alle Versicherten, die eine AHV/IV-Leistung bezogen, in regelmässigen Abständen eine Lebensbescheinigung an die Schweizerische Ausgleichskasse (SAK) senden, um die Auszahlung der Rente ohne Unterbruch zu gewährleisten. Dieser sowohl für die SAK als auch für die Versicherten aufwendige Prozess wird ab diesem Jahr durch die Einführung eines automatisierten Austauschs zwischen den verschiedenen Verwaltungen, einschliesslich des EDA, vereinfacht.

Konkret bedeutet dies, dass im Ausland niedergelassene Schweizer Staatsangehörige, die bei der Schweizer Vertretung ihres Wohnsitzlandes ordnungsgemäss angemeldet sind, grundsätzlich keinen Antrag auf eine Lebensbescheinigung mehr erhalten werden, da diese Informationen direkt vom Auslandschweizerregister an die SAK übermittelt werden.

Schweizer Staatsangehörige, die nicht bei den diplomatischen oder konsularischen Vertretungen gemeldet sind, erhalten weiterhin Anträge auf Einreichung von Lebensbescheinigungen. In diesem Fall müssen die Betroffenen dieses Dokument wie gehabt ausfüllen und bestätigen lassen, um zu verhindern, dass ihre Rente ausgesetzt wird.

Bitte beachten Sie, dass das neue Verfahren ab dem Jahr 2022 gilt und dass Personen, die ihre Lebensbescheinigung für das Jahr 2021 noch nicht zurückgesendet haben, weiterhin dazu verpflichtet sind, dies zu tun.

Das neue, vereinfachte Verfahren ändert jedoch nichts an der Verpflichtung, die Kasse direkt über alle Änderungen des persönlichen Status wie Adressänderungen, Änderungen des Zivilstandes und so weiter zu informieren. Anfang 2022 hat die SAK zudem eine Informationskampagne gestartet, welche über das ganze Jahr hinweg gestaffelt sein wird. Jede versicherte Person wird zu dem Zeitpunkt, an dem sie das entsprechende Formular für die Lebensbescheinigung hätte erhalten sollen, persönlich informiert. (ZAS)

Änderungen melden: <http://revue.link/zaskontakt>

Verpassen Sie nicht die gesetzliche Frist

Für gleichgeschlechtliche Paare, die vor dem 1. Juli 2022 im Ausland geheiratet und keine vermögens- bzw. ehevertragliche Abmachung geschlossen haben, hat die Annahme der Vorlage «Ehe für alle» (siehe «Revue» 1/2022) rückwirkend Auswirkungen auf den Güterstand: Bei Anwendbarkeit von Schweizer Recht gilt für sie von Gesetzes wegen rückwirkend Errungenschaftsbeteiligung anstatt Gütertrennung. Aus diesem Grund kann jede Ehegattin bzw. jeder Ehegatte bis am 30. Juni 2022 der anderen Ehegattin bzw. dem anderen Ehegatten schriftlich bekannt geben, dass der bisherige Güterstand beibehalten wird. Die Erklärung muss eigenhändig unterzeichnet werden. (BJ)

Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.

Der Bundesrat hat beschlossen, am 15. Mai 2022 die drei folgenden eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung zu bringen:

- Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz, FiG);
- Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz);
- Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2021 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands).

Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- Eidgenössische Volksinitiative «Für einen Tag Bedenkzeit vor jeder Abtreibung (Einmal-darüber-schlafen-Initiative)» (21. 6. 2023)
- Eidgenössische Volksinitiative «Für den Schutz von ausserhalb des Mutterleibes lebensfähigen Babys (Lebensfähige-Babys-retten-Initiative)» (21. 6. 2023)
- Eidgenössische Volksinitiative «Volk und Stände entscheiden über dringlich erklärte Bundesgesetze!» (25. 7. 2023)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen

Verantwortlich für die amtlichen Mitteilungen des EDA:
Konsularische Direktion,
Abteilung Innovation und Partnerschaften
Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz
www.eda.admin.ch, E-Mail: kdip@eda.admin.ch

Das EDA ist für Sie da – aber nicht in jedem Fall

Sie reisen oder leben im Ausland? Sie verbringen Ihren Ruhestand an der Sonne? Ihre Weltreise führt Sie an abgelegene Landstriche? Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten unterstützt Sie bei Problemen – vorausgesetzt, dass Sie alles zu deren Verhinderung getan haben, was man vernünftigerweise erwarten kann.

Unter den Aufgaben des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) nimmt die Unterstützung für reisende oder im Ausland wohnhafte Schweizer Bürgerinnen und Bürger einen bedeutenden Platz ein. Angesichts der fast 800 000 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer und der Millionen von Reisenden, die Schweizer und Schweizerinnen jedes Jahr ausserhalb unserer Grenzen unternehmen, erstaunt es nicht, dass unsere Konsulate täglich zu deren Unterstützung herangezogen werden. Die Arbeit des EDA hat hier eine administrative Dimension, ähnlich einer Gemeindeverwaltung, umfasst jedoch auch Unterstützung bei Schwierigkeiten oder in Situationen, die besonderen Schutz erfordern.

Doch Achtung: Diese Unterstützung ist nicht allumfassend und man hat auch keinen absoluten Anspruch darauf. Eine kleine Erinnerung an die Prinzipien der Eigenverantwortung und der Subsidiarität in konsularischen Angelegenheiten.

Das in der Bundesverfassung verankerte Prinzip, dass «jede Person Verantwortung für sich selbst wahrnimmt»¹⁾, widerspiegelt sich in den Bestimmungen über die konsularische Arbeit: «Jede Person trägt die Verantwortung bei der Vorbereitung und Durchführung eines Auslandsaufenthalts.»²⁾ Dies bedeutet, dass der Zugang zu den angebotenen Leistungen und der Schutz bei leichtsinnigem oder waghalsigem Verhalten und einer mangelhaften Vorbereitung begrenzt sind. Laut dem Prinzip der Subsidiarität, das auch für Fragen des konsularischen Schutzes gilt, kommt ein Eingreifen durch das EDA nur

dann infrage, wenn die betroffene Person keinen Weg findet, sich selbst zu helfen. Hier muss betont werden, dass keinerlei Anspruch auf ein solches Eingreifen besteht.

Es ist demnach Sache jeder Schweizer Bürgerin und jedes Schweizer Bürgers im Ausland, die nötigen Vorbereitungen zur Vermeidung schwieriger Situationen zu treffen und im Fall von Schwierigkeiten selbst nach Lösungen zu suchen. Dazu stehen allen Betroffenen zahlreiche Hilfsmittel des EDA zur Verfügung.

Für (zukünftige) Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer muss der erste Reflex derjenige sein, sich bei der zuständigen Landesvertretung anzumelden. Diese Anmeldung ist Be-

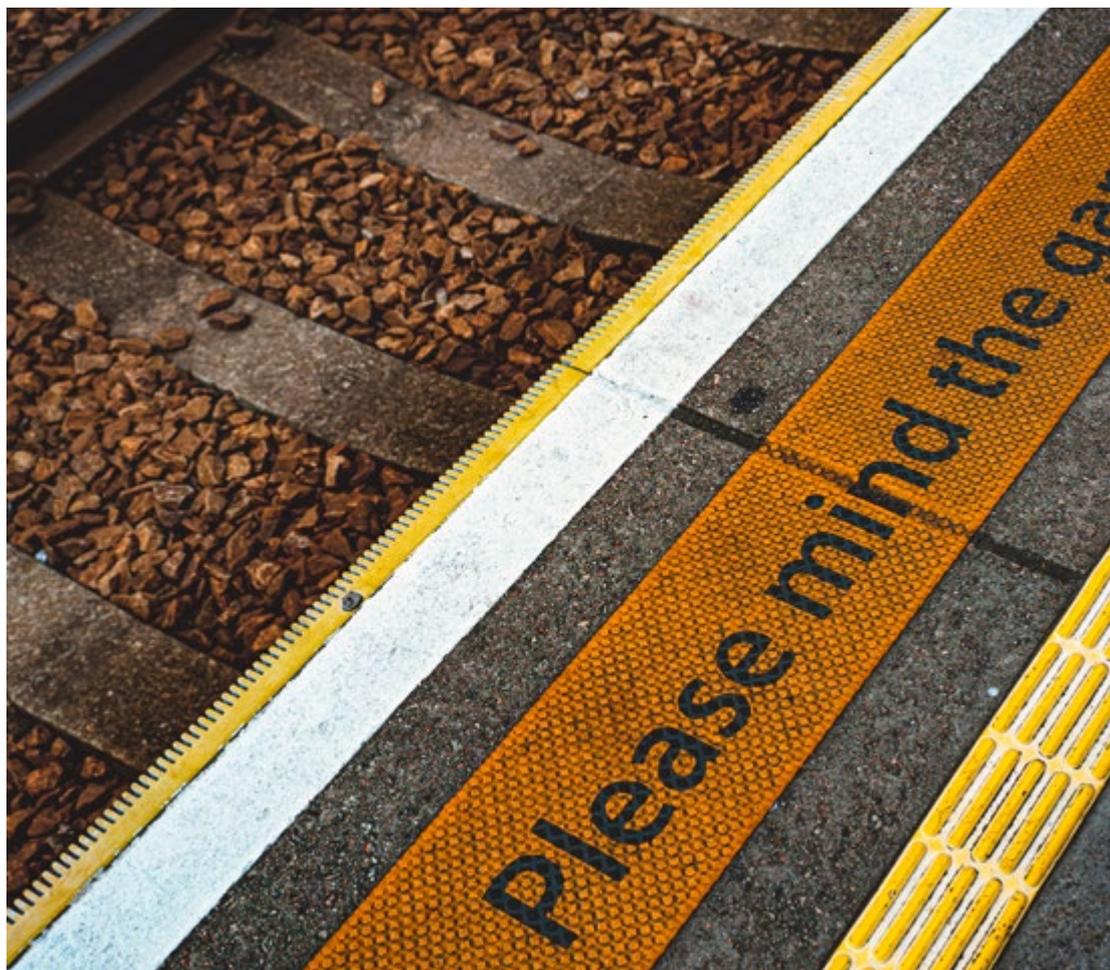
dingung für die Eintragung ins Auslandschweizerregister und den Zugang zu konsularischen Leistungen. Ob dies nun vor Ort oder während der Vorbereitungen geschieht: Es ist ratsam, die zahlreichen Informationen und Ratschläge auf der Website des EDA zu durchforsten.

Diese direkt über die Startseite des EDA zugänglichen Informationen (Rubrik «Leben und Arbeiten im Ausland» > «Vorbereitungen Auslandsaufenthalt, Aus- und Rückwanderung») betreffen verschiedene Phasen des Auswanderns oder der Rückkehr in die Schweiz und enthalten viele nützliche Tipps.

Reisende müssen die Ratschläge für Reisende beachten, ihre Reisen via

Es liegt an Ihnen, alles Notwendige zu tun, um Ärger zu vermeiden. Letztlich ist jeder Mensch ist für sich selbst verantwortlich.

Foto Chunip Wong, iStock



App oder Website im Travel-Admin-System registrieren und die auf diesem Weg erhaltenen Empfehlungen befolgen. Die Travel-Admin-App bietet ausserdem zahlreiche nützliche Informationen für die Reisevorbereitung in der Form von Checklisten, die durch Informationen auf der Website des EDA ergänzt werden (Rubrik «Reisehinweise & Vertretungen»).

Das EDA kann nach Bedarf – und wenn die Prinzipien der Eigenverantwortung und der Subsidiarität befolgt worden sind – seine Unterstützung anbieten, dies sowohl individuell als auch kollektiv, wie dies bei der grossen Rückführungsaktion im Frühling 2020 im Rahmen der Covid-19-Krise der Fall war.

¹⁾ Art. 6 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

²⁾ Art. 5 des Bundesgesetzes über Schweizer Personen und Institutionen im Ausland



Das EDA ist für Sie da!

Das EDA steht Ihnen via «Helpline EDA» tagtäglich rund um die Uhr als zentrale Anlaufstelle zu all Ihren konsularischen Anliegen beratend und unterstützend zur Seite. Es erbringt für Sie die verschiedensten konsularischen Dienstleistungen über sein weltweites Vertretungsnetz, das auch den Kontakt zur Auslandschweizergemeinschaft pflegt und den gegenseitigen Austausch fördert. Wichtige Informationen, etwa die Reisehinweise, veröffentlicht es über die gängigen Kommunikationskanäle und die App Travel Admin. Und sollten Sie sich einmal in einer Notlage befinden, kann Ihnen das EDA konsularischen Schutz bieten.



Herausforderungen aus eigener Kraft meistern

Der Bund kann gemäss Auslandschweizergesetz natürliche und juristische Personen im Ausland unterstützen, wenn diesen nicht zugemutet werden kann oder sie nicht in der Lage sind, ihre Interessen selbst oder mit Hilfe Dritter zu wahren. Der Bund erwartet also, dass jede und jeder bei der Vorbereitung und Durchführung eines Auslandsaufenthalts oder der Ausübung einer Tätigkeit im Ausland persönliche Verantwortung übernimmt, sich informiert, risikogerecht und gesetzeskonform verhält und auftretende Schwierigkeiten aus eigener Kraft oder mit der Hilfe Dritter zu meistern versucht.



Wann der Bund nicht helfen kann

Auch wenn die Bürgerinnen und Bürger eigenverantwortlich handeln und der Grundsatz der Subsidiarität gewahrt ist, besteht gemäss Auslandschweizergesetz kein Rechtsanspruch auf konsularischen Schutz. So kann der Bund eine Hilfeleistung namentlich dann verweigern oder begrenzen, wenn andere Personen dadurch gefährdet werden, die Betroffenen sich fahrlässig verhalten oder frühere Hilfeleistungen missbraucht haben oder die Gefahr besteht, dass die Hilfeleistung ausserpolitischen Interessen des Bundes nachteilig sein könnte. Vorbehalten bleiben aber diejenigen Fälle, in denen Leib und Leben der Betroffenen in Gefahr sind.



Das Prinzip der Eigenverantwortung

Doch Vorsicht: Das Auslandschweizergesetz (ASG) basiert auf dem wichtigen Grundsatz der Eigenverantwortung, der sich auch in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft findet. Jede Person trägt demnach die Verantwortung bei der Vorbereitung und Durchführung eines Auslandsaufenthalts oder bei der Ausübung einer Tätigkeit im Ausland. Dies bedeutet nicht, dass der Bund seine Mitbürgerinnen und Mitbürger im Ausland in Notlagen im Stich lässt. Seine Unterstützung kommt aber nur subsidiär und damit nur dann in Betracht, wenn eine Person zuvor alle Mittel zur Selbsthilfe ausgeschöpft hat.



Sozialhilfe und konsularischer Schutz

Der Bund kann Auslandschweizerinnen und -schweizer unter gewissen Voraussetzungen vor drohender Bedürftigkeit schützen und Sozialhilfe leisten. Auch kann er Schweizer Staatsangehörigen im Ausland konsularischen Schutz gewähren. Sozialhilfe und konsularischer Schutz sind aber nur subsidiär möglich: Der Bund hilft also grundsätzlich nur, wenn Betroffene ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Kräften oder mittels privater oder staatlicher Hilfe bestreiten können. Respektive wenn ihnen nicht zugemutet werden kann oder sie nicht in der Lage sind, ihre Interessen selbst oder mit Dritthilfe zu wahren.



Dienstleistungen sind nicht kostenlos

Personen, die eine konsularische Dienstleistung beanspruchen, schulden dem Bund dafür Kostenersatz sowie Ersatz allfälliger Gebühren. Kostenersatz ist auch geschuldet, wenn der Bund die Dienstleistung ohne Antrag der betroffenen Person, jedoch nach ihrem mutmasslichen Willen und ihren Interessen erbracht hat. Wegen Bedürftigkeit oder aus anderen wichtigen Gründen kann eine Gebühr oder ein Kostenersatz jedoch teilweise oder ganz erlassen werden. Dabei muss der Bund aber berücksichtigen, ob sich die betreffende Person nicht fahrlässig verhalten hat.

Ein Leben ohne Strom



SIMONE WEINMANN:
«Die Erinnerung an
unbekannte Städte.»
Kunstmann Verlag 2021.
272 Seiten, 35 Franken

Auf einmal verdunkelte sich 2030 der Himmel, ging der Strom aus, brach die Infrastruktur zusammen. Und die Welt fiel zurück in eine vorindustrielle Finsternis. Das war vor 15 Jahren. Seither haben sich die Menschen in ihrem kärglichen Alltag eingerichtet.

In ihrer dystopischen Zukunftsvision «Die Erinnerung an unbekannte Städte» entwirft die Autorin Simone Weinmann das atmosphärisch dichte Bild einer Zeit nach der Stromlücke, nach der Klimakatastrophe, nach dem Zusammenbruch der technischen Systeme. Die Katastrophe traf die Menschen unvermittelt, was einst gegolten hatte, war wie ausgeblasen. Ludwig, der Lehrer und frühere Pro-

grammierer, versucht in der dörflichen Schule weiterhin unnützlich gewordenen Stoff wie Mathematik oder Grammatik zu vermitteln, als ob es dafür eine Zukunft gäbe. Deshalb wird er von denen angefeindet, die ihr Heil in einer sektiererischen Religiosität suchen. Für sie wird es Gott richten. Doch davon will Nathanael nichts wissen, er will Arzt werden. Deshalb verlässt er seine strengen Eltern. Vanessa begleitet ihn, weil sie von ihrer kaputten Familie weg will. Beide träumen sie von dem sagenhaften Tunnel, der durch die Berge an die Wärme führen soll. Ludwig soll sie im Auftrag der Eltern wieder zurückholen.

Dystopische Romane gibt es viele. George Orwell und Aldous Huxley haben dafür Standards gesetzt. Simone Weinmann reiht sich hier ein, doch sie findet eine eigene Sprache dafür. Es geht ihr nicht, wie etwa in Orwells «1984», um Fragen der Macht, der Kontrolle und des Widerstands dagegen. Sie faltet vielmehr geduldig und anschaulich einen Raum aus, in dem sich die Menschen mit primitiven Mitteln und ohne Schutz durch eine Regierung selbst organisieren müssen. Atmosphärisch stimmig und mit subtilen Details schildert sie, wie ein Leben ohne Strom aussehen könnte; und sie macht glaubhaft, was einige wenige wie Nathanael, Vanessa und Ludwig zum Weggehen antreibt. Sie leisten nicht Widerstand – wogegen auch? –, sondern versuchen einfach auf eigene Faust ihr Glück zu finden. Weinmanns Bild der Zukunft ist weder totalitär noch gewalttätig, sondern anarchisch und armselig. Trümmer und Schrott erinnern am Wegrand an die alte Welt. Was geht uns verloren, wenn Kultur und Zivilisation zusammenbrechen?, fragt die Autorin. Die drei Flüchtenden geben eine Antwort darauf. Wir verlieren alles, ausser vielleicht die letzte Hoffnung. Ob sie sich erfüllt, lässt Simone Weinmann wohlweislich offen.

Simone Weinmann ist Astrophysikerin, sie lebt in Zürich. Mit diesem Roman debütiert sie als Autorin.

BEAT MAZENAUER

Massgeschneiderte Leidenschaft



ZIAN:
«Burden».
Sony, 2022.

Er kam aus dem Nichts und legte über Nacht einen der grössten Schweizer Hits des letzten Jahres vor. Der Song hiess «Show You», der Sänger nennt sich Zian. Doch wer ist dieser Newcomer, von dem zuvor niemand gehört hatte?

Zian ist 28 Jahre alt und lebt unter dem bürgerlichen Namen Tizian Hugenschmidt in Basel. Als Kind trommelte er an der Fasnacht, danach wechselte er zum Schlagzeug. Im Elternhaus spielte er Gitarre und Klavier. Zian entdeckte die Musik für sich, quasi im Alleingang im stillen Kämmerlein. Er hörte Rock, Metal und Mundarttrap, wie andere Jugendliche auch, die Liebe zum grossen Popsong kam erst mit der Zeit.

Doch dann ging alles sehr schnell. Unter den Fittichen eines professionellen Managements und des Label-Riesen Sony veröffentlichte Zian gemeinsam mit dem angesagten Produzenten Henrik Amschler seinen ersten Song «Show You». Es war eine beeindruckende Ballade, getragen von Klavier und viel Pathos – wobei vor allem die aussergewöhnlich ausdrucksstarke Stimme herausstach. Die Rechnung ging auf: «Show You» hielt sich fünf Monate in der Schweizer Hitparade und brachte den Basler aufs grosse Tapet.

Nun folgt mit dem ersten Album «Burden» der nächste Schritt – und der Sänger meistert auch diesen mit Geschick. Wiederum von Henrik Amschler produziert, besticht das Werk durch einen raumfüllenden, atmenden, von opulenten Synthesizern, Klavier und Rhythmusmaschinen geprägten Sound. Und nicht nur das urbane musikalische Gewand, auch Zians Gesang löst das Versprechen des vergangenen Jahres ein. Die Leidenschaft in der Stimme wirkt authentisch, sie gibt den reflektierenden, bisweilen traurig tiefgründigen Inhalten Gewicht. «Burden», zu Deutsch «Last», handelt von beklemmenden Momenten der Angst, von Opfer und Verlust, von existenziellen Gedanken einer jungen Existenz – Pomp und grosse Gefühle allenthalben.

Das Album mag glatt durchproduziert sein und allzu offensichtlich auf ein grosses junges Mainstreampublikum zielen. Fest steht: So schnell er vor einem Jahr aus dem Nichts aufgetaucht ist, wird Zian nach «Burden» nicht mehr verschwinden.

MARKO LEHTINEN

Pierin Vincenz



Ist das Wohl der Schweiz direkt mit dem Wohl der Banken verbunden? Wenn ja, gibt es Grund zur Beunruhigung, denn einige der grössten Schweizer Banken scheinen derzeit von einer mysteriösen Krankheit befallen zu sein. Das Syndrom bewirkt den Niedergang ihrer Manager: 2020 musste Tidjane Thiam, CEO der Credit Suisse, vor dem Hintergrund einer Beschattungsaffäre, seinen Rücktritt einreichen. Im Januar folgt der Abgang von António Horta-Osório, Präsident derselben Bank. Er muss gehen, weil er sich – als selbsterklärter Saubermann – über Corona-Regeln hinweggesetzt hatte. Und jetzt ist der Bündner Goldjunge Pierin Vincenz an der Reihe. Ihm, dem ehemaligen Direktor der Raiffeisen-Bank, wird derzeit der Prozess gemacht. Dabei scheint es, dass Vincenz durchaus Sympathien entgegenfliegen. Die Presse berichtet amüsiert über seine Touren durch Stripclubs auf Geschäftskosten. Er soll in einer wilden Nacht mit einem Callgirl ein Hotelzimmer verwüstet haben. Man stellte sich die Bankenwelt zuweilen grau vor. Mit Vincenz erhält sie einen Hauch Rock'n'Roll. Im Prozess sind Pierin Vincenz und sein Compagnon Beat Stocker die Hauptangeklagten. Die Anklage umfasst Anschuldigungen wegen gewerbmässigem Betrug, ungetreuer Geschäftsführung, Urkundenfälschung und Bestechlichkeit. Unabhängig vom Urteil wird der Bündner nicht ans Steuer zurückkehren. Wie hoch liegen eigentlich die Kosten dieser Instabilität des Banken-Establishments? Niemand kann es sagen. Immerhin eine Zahl dazu: Seit 2008 musste die Credit Suisse laut Schätzungen der Zeitung «Le Temps» allein an die Vereinigten Staaten mehr als 15 Milliarden Dollar Prozesskosten und Bussen bezahlen. Vielleicht ist die Zeit für ein «Aggiornamento» gekommen, wie man in der Bankensprache sagt. STÉPHANE HERZOG

Die Erhöhung des Rentenalters ist sehr umstritten

Um das Schweizer Rentensystem (AHV) zu sichern, wollen Bundesrat und Parlamentsmehrheit die Mehrwertsteuer und das Rentenalter für Frauen von 64 auf 65 Jahre erhöhen. Insbesondere die Erhöhung des Rentenalters ist heftig umstritten, zumal weitere Erhöhungsschritte angedacht sind. Nun ist klar, dass es zu einer Volksabstimmung über die neuerliche AHV-Reform kommt: Einem breiten Bündnis ist es gelungen, innert kürzester Zeit genügend Unterschriften zu sammeln, um eine Referendumsabstimmung zu erzwingen. Zur Abstimmung gelangt das AHV-Referendum voraussichtlich im Herbst 2022. (MUL)

FDP entdeckt aufs Neue die Atomenergie

Die liberale FDP hat sich an ihrem Parteitag für neue Atomkraftwerke ausgesprochen, allerdings mit einigen Wenn und Aber. Der neue Parteipräsident Thierry Burkhardt betonte, die FDP verlange nicht den raschen Bau neuer Atomkraftwerke. Hingegen seien die Voraussetzungen für den Bau von AKW der neuen Generation zu schaffen. Die FDP nimmt damit eine noch gar nicht verfügbare Technologie in ihre Energiepolitik auf. Trotz der wenig konkreten Formel kommt der Entscheid einer Kurskorrektur der FDP-Energiepolitik gleich. Burkharts Vorgängerin Petra Gössi betrachtete den Atomausstieg noch als gesetzt. (MUL)

Die rechtsextremste Partei der Schweiz gibt auf

Die «Partei national orientierter Schweizer» (PNOS) gab im Februar ihre Auflösung bekannt. Die im Jahr 2000 gegründete PNOS wurde vom Bundesamt für Polizei bereits 2001 als rechtsextreme Organisation eingestuft. Die Auflösung der Partei dürfte nicht gleichbedeutend mit der Auflösung der rechtsextremen Szene sein. Laut PNOS-Präsident Florian Gerber befinde sich ein «konkretes Projekt von nationaler Prägung» bereits im Aufbau. Zuletzt traten Rechtsextremisten verschiedentlich an Demonstrationen gegen die behördlichen Corona-Massnahmen auf. Vereinzelt haben sie diese Demonstrationen auch angeführt. (MUL)

Winterliche Edelmetallsammlung

Von den Olympischen Winterspielen in Peking kehrte die Schweizer Delegation mit sieben Goldmedaillen heim. Beat Feuz und Corinne Suter krönten ihre Karrieren mit Gold in der Abfahrt; Lara Gut-Behrami war im Super G siegreich, Michelle Gisin in der Alpinen Kombination; Gold sicherten sich zudem der Riesenslalom-Spezialist Marco Odermatt, Mathilde Gremaud im Freeski-Slopestyle und Ryan Regez. im Ski Cross. Vervollständigt wurde die Pekinger Edelmetallsammlung der Schweizer Delegation durch zwei Silber- und sechs Bronzemedailles. (MUL)

Ich brauch Natur in der Stadt.



Schweiz.



Zürich, Zürich Region, © Zürich Tourismus, Fabian Scheffold

Ich brauch Schweiz.

Es ist Zeit für nachhaltiges Reisen – wir nennen es Swisstainable.
Erfahren Sie mehr: [MySwitzerland.com/swisstainable](https://www.myswitzerland.com/swisstainable)



Schweiz.
mit Bahn, Bus und Schiff.

